

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: pro Nummer 1 Pfennig
Wochenpreis 3 Pfennig, monatlich 1.10 Mk.
Einzeln Kummer 5 Pfennig, Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfennig.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 16. Dezember 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Niederwerfung Montenegros.

Chinesisches Kaisertum.

Es ist unverkennbar: es geht ein Zug der Erstarkung der monarchischen Idee durch die Welt. Die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte der Länder, die Konzentration aller momentanen Bemühungen auf die Aufgaben und Ziele des Krieges haben scheinbar fast überwundene Institutionen zu neuer Blüte gebracht, und die Hypnose der monarchischen Idee hat sich in den Stürmen des Weltkrieges als so mächtig erwiesen, daß die Ziele und Ideale der Demokratie auch bei manchem Antimonarchisten völlig in den Hintergrund gedrängt worden sind.

Am entgegengekehrten Ende der Welt, in China, hat der Weltkrieg die Möglichkeiten beschleunigt, an die Stelle der Republik wieder die Monarchie zu setzen. Wohlgerne: die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie datieren in China nicht von heute und gestern. Planmäßig hat der bisherige Präsident Yuan schikai die Vorbereitungen für seinen letzten Schritt getroffen. Aber nur die durch den Weltkrieg auch im fernen Osten geschaffene Situation, die das Hauptaugenmerk der Völker nicht auf die innere Entwicklung, sondern auf die Zusammenfassung aller Kräfte nach außen hin lenkt, hat dem ehrgeizigen Diktator des chinesischen Reiches die Verwirklichung seines Planes erleichtert, als unumschränkter Herrscher den Thron der Mandschus zu besteigen, bei deren Sturz er im Jahre 1912 eine führende Rolle gespielt hat.

Als die Mandschu-Dynastie gestürzt und die Republik erklärt wurde, ernannte die provisorische revolutionäre Regierung in Nanjing Dr. Sun Yat-sen, den Führer des revolutionären Südens, zum ersten Präsidenten, während Yuan schikai, der frühere Vizekönig in Tientsin und spätere Großsekretär des Kaisers in Peking, mit der Würde eines vorläufigen zweiten Präsidenten betraut wurde. Zwischen dem Norden und dem Süden des Reiches entbrannte der Kampf um die Macht. Yuan schikai ging scheinbar auf die Pläne der südchinesischen Reformpartei ein, er organisierte aber insgeheim, gestützt auf das ihm ergebene Militär, und der Mitwirkung der internationalen Finanz sicher, einen Gegenstoß gegen das in seiner Mehrheit revolutionäre Parlament. Im Jahre 1913 brach infolgedessen die sogenannte zweite Revolution aus, die mit dem Sieg Yuan schikais, der Auflösung des Parlaments und der Rückwärtsrevision der Verfassung endete. Am 13. Oktober 1913 trat Yuan schikai das Amt des Präsidenten der Republik China an, die damit seiner Vermählungen mehr und mehr den Charakter einer fast unbeschränkten Monarchie annahm.

„So wie die gegenwärtige Verfassung lautet“ — schrieb der Chinese Sun Hsu vor einigen Monaten in der New Yorker Wochenschrift „The Outlook“ — „hat der Präsident der chinesischen Republik mehr Machtbefugnisse als irgendein anderer Herrscher der Welt. Nach unserer Verfassung, an deren Ausgestaltung der Professor Goodnow (der amerikanische Rechtsberater des Präsidenten) erheblichen Anteil hatte, ist der Präsident der Vertreter der Nation, beauftragt, den Li-Jao-Tuen (das Parlament) einzuberufen und aufzulösen, Gesetzesvorschläge und den Staatshaushaltsplan im Li-Jao-Tuen einzubringen. Der Präsident hat die oberste Exekutivgewalt, seine Erlasse haben Gesetzeskraft, er kann Krieg erklären und über den Frieden verhandeln, Beamte und Offiziere ernennen und entlassen, kann Amnestie gewähren oder Strafen umwandeln, ist Oberbefehlshaber von Heer und Flotte, empfängt Votschaffter und Gesandte und schließt Verträge mit auswärtigen Mächten.“

„Die wahren Republikaner Chinas“ — heißt es in demselben Artikel weiter — „wissen ganz genau, daß bis jetzt die chinesische Demokratie nur dem Namen nach besteht. Fast zwei Jahre lang hat das Land kein Reichsparlament, keine Landtage, keine Kreisversammlungen gehabt. Politische Parteien gibt es nicht, ebensowenig Presse- und Redefreiheit. Mancher junge Mann, der kein anderes Verbrechen begangen hatte, als Anhänger einer radikalen Staatspartei zu sein, ist verbannt, hingerichtet oder ermordet worden. Wir haben natürlich eine Verfassung, o ja — diese Verfassung aber stellt den obersten Beamten des Landes über Gesetz, Parlament und Volk, diese Verfassung macht die Präsidentenschaft tatsächlich zu einer erblichen Würde.“

Die Jung-Chinesen, worunter allerdings keineswegs eine bestimmte politische Partei zu verstehen ist, ringen schwer um die Aufrichtung einer echten Demokratie in China. Wenn die Leute wie Professor Goodnow und andere wohlmeinende Verfassungsrechtler der Ansicht sind, daß die Orientalen für die demokratische Regierungsform nicht taugen, weil sie sie nie gehabt haben, so ist Jung-China ganz im Gegenteil der Ueberzeugung, daß gerade, weil China noch keine Demokratie gehabt hat, es jetzt eine haben

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 15. Dezember 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Front hat sich nichts von besonderer Wichtigkeit ereignet. — Ein am 12. Dezember auf der Höhe von La Panne auf Grund geratener englischer Dampfer wurde gestern von unseren Fliegern mit beobachtetem Erfolg angegriffen.

Der Feind, der mehrere Flugzeuggeschwader gegen Bapaume-Peronne, nach Lothringen und auf Rülshcim (Baden) angelegt hatte, büßte im Luftkampf oder durch Feuer unserer Abwehrgeschütze vier Flugzeuge, darunter ein Großflugzeug mit zwei Motoren, ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Balkankriegsschauplatz.

Südwestlich von Plelje ist der Feind über die Tara und weiter östlich über die Linie Grab-Brodarevo zurückgeworfen. Mehrere hundert Mann wurden gefangen genommen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 15. Dezember. (W. T. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 15. Dezember 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die von Plelje aus vordringenden österreichisch-ungarischen Streitkräfte des Generals v. Kövcs haben gestern auch die montenegrinischen Stellungen südlich der Brana-Gora in ganzer Breite genommen. Eine Kolonne drang in der Verfolgung bis an die Taraschlucht vor und zerprengte bei Glibaci ein feindliches Bataillon. Andere Truppen kamen bis Grab. Auf den Höhen unmittelbar östlich von Berane stehen nebst unseren Abteilungen auch Nodlins und Albauer gegen die Montenegroer im Kampf. Die Zahl der gestern eingebrachten Gefangenen: dreihundertvierzig Soldaten und hundertfünfzig Wehrpflichtige.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Döcker, Feldmarschalleutnant.

m u ß. Leider haben unsere Konservativen und Reaktionäre starken Rückhalt gefunden bei den fremden Beurteilern, die nicht an uns glauben und keine Geduld mit uns haben. Der japanische Professor Kriga und der Amerikaner Goodnow, beides große Autoritäten auf dem Gebiete des Verfassungsrechts, haben die Reaktion gestärkt. Daß der Japaner Kriga gegen ein Jung-China ist, nimmt nicht sehr wunder. Als aber der berühmte Rechtsgelehrte, der aus der großen amerikanischen Republik zu uns herüber kam, die Erklärung abgab, daß die Völker des Orients nach Geschichte und Tradition nicht befähigt seien zu einer Regierung durch die Volksvertretung, da hatte die Sache Jung-Chinas einen verhängnisvollen entscheidenden Stoß erlitten!

Yuan schikai hat sich — entgegen seiner bisherigen vorsichtig abwägenden Taktik — beeilt, diese ihm günstig erscheinende Situation bis zu den letzten Konsequenzen auszunutzen. Einen neuen Staatsstreich wollte er nicht riskieren, dafür inszenierte er aber eine Komödie, die dem Auslande vortäuschen sollte, als sei es der sehnlichste Wunsch des chinesischen Volkes, an Stelle der Republik die Monarchie zu sehen. Der Staatsrat, der Anfang November zusammentrat, wurde mit sogenannten Petitionen aus den Provinzen überflutet, die die sofortige Wiederherstellung des Kaiserreiches forderten. Keiner wurde durch diese Petitionen getäuscht, die meist in Peking fabriziert wurden. Andere Petitionen wurden durch die Militärgouverneure eingeleitet, die die Absicht ausdrückten, den Präsidenten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden militärischen Kräften zu unterstützen, wenn er in den Wechsel der Regierungsform einwilligte. So wurde die Aenderung der Regierungsform vorbereitet. Den weiteren Verlauf der innerpolitischen Ereignisse in China schildert sehr anschaulich der chinesische Sonderberichterstatter der Pariser „Humanität“ K. C. Wai in einem Briefe aus Schanghai, der Ende November veröffentlicht wurde.

Die Ereignisse in China, im gegenwärtigen Augenblicke, überstürzen sich mit erschreckender Schnelligkeit. Die Frage einer Verfassungsänderung war kaum aufgewacht, als schon Maßregeln getroffen waren, um alle Schwierigkeiten gegen die Wiederaufrichtung einer Monarchie aus der Welt zu schaffen. In der unglaublichen Frist von einem Monat wurden die Gesetze für die Wahl der Mitglieder des nationalen Konvents, die sich für die neue Regierungsform zu entscheiden haben, für die Einberufung dieses Konvents, der derart zusammengesetzt ist, daß eine Wiederaufrichtung der Monarchie außer Frage steht, ausgearbeitet. Nur wenige Wochen werden vergehen und China wird sein republikanisches Gewand abgelegt und wieder zur Monarchie zurückgekehrt sein.

Heute unterliegt die Wiederherstellung des autoritären Regimes, der Diktatur eines einzelnen Mannes, keinem Zweifel mehr. Die tyrannischen Maßregeln, die Schreden herrschaft, die der Diktator Yuan schikai, der Kaiser vor morgen, ausübt und die schwer auf dem Lande lastet, schließen jede Möglichkeit eines Protestes aus. Die Republikaner Chinas werden verbannt und zur Ohnmacht verdammt.

Der europäische Krieg hat das politische Schachbrett des fernen Orients vollkommen erschüttert. Die Europäischen haben die Gelegenheit ausgenutzt, an der Verwirklichung ihrer persönlichen Projekte zu arbeiten. So bestehen geheime Abmachungen Japans mit der chinesischen Diktatur: Japan gestattet dem Diktator die Wiederaufrichtung der Monarchie, während jener unentgeltlich der Festsetzung Japans in China zusehen muß.

Die letzten Sätze dieses Berichtes sind besonders interessant. Sie bestätigen die bereits Ende Oktober aus Peking eingetroffene Meldung, wonach Yuan schikai Japan für die Anerkennung seiner Kaiserkrone so erhebliche Vorteile in China angeboten habe, daß es endgültig auf eine härtere Beteiligung am europäischen Kriege verzichtete. Nachdem Japan nach der Einnahme Kiautschous und der Durchsetzung eines großen Teiles seines Ultimatus an China vom 7. Mai d. J. nun einen beherrschenden Einfluß auf ganz Nordchina ausübt, kann es sich den Luxus erlauben, gemeinsam mit dem Diktator Yuan schikai, dessen Wadthunger sich mit den Bestrebungen des japanischen Imperialismus begegnet, gegen das ehemals protegierte rebellische Süddchina vorzugehen.

So betrachtet, gewinnen die jüngsten Ereignisse in China einen wesentlich anderen, weit komplizierteren Charakter, als es nach den Darstellungen unserer bürgerlichen Presse scheinen könnte, die allesamt auf einen Ton gestimmt sind, der auf die oberflächlich individualistische Verhimmelung der „großen, überragenden Persönlichkeit“ hinausläuft.

Die Bulgaren noch nicht auf griechischem Gebiet.

Athen, 15. Dezember. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Eine amtliche Mitteilung bezeichnet die Meldung, daß die Bulgaren in griechisches Gebiet eingedrungen seien, als unrichtig. Die durch den Rückzug der Alliierten auf griechisches Gebiet und die Annäherung der bulgarischen und deutschen Truppen an der griechischen Grenze geschaffene Lage beschäftigt die amtlichen Kreise lebhaft. Die griechische Regierung verfolge den Gang der Ereignisse mit Aufmerksamkeit und halte sich bereit, alle Entscheidungen zu treffen, welche die höheren Interessen des Landes erheischen sollten.

Nur Nachhutgefechte.

Athen, 15. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Meldung der Agence Havas werden von der Front vom gestrigen Tage nur einige kleine Gefechte zwischen Nachhuten der Alliierten und feindlichen Kavallerieabteilungen gemeldet. Die Bulgaren halten Guevgeli besetzt, von dem ein Teil seit Sonnabend früh in Brand steht.

Die Befestigung von Saloniki.

Saloniki, 15. Dezember. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Die Alliierten, die seit Dienstag ihre Bewegungen miteinander in Verbindung gebracht haben, gehen planmäßig und in vollster Ordnung zurück. Ein englischer Offizier berichtete nach der Schlacht, daß der bulgarische Angriff in sieben sehr dichten Wellen durchgeführt wurde, wobei mehrere Tausend feindliche Soldaten auf einer Front von 200 Metern befallen waren. Am ersten Tage verhinderte Artilleriemangel die Engländer, sich des Vorteils über die geschlossenen feindlichen Angriffseinheiten zu bedienen, aber am zweiten Tage brachten die 75-Millimeter-Kanonen dem Feinde erhebliche Verluste bei. Die Franzosen beschossen Debelie und zermalmten dieses von den Bulgaren nicht besetzte Dorf zu Staub. Der Feind vermied es danach, unserem Rückzug allzu nahe zu folgen, es wurde ihm auch schwer, seine Artillerie mit Unterstützung herbeizuführen. Die Verluste der Alliierten sind ganz gering. In der letzten Woche deckten die

Während ihren Rückzug auf einer Strecke von 22 Kilometern, nahmen alles Kriegsmaterial mit sich und entblühten das Land von Verpflegungsvorräten. Am 12. Dezember standen die Alliierten drei Kilometer von der griechischen Grenze. Doiran war vollständig geräumt. Während wir uns gegen Saloniki zurückziehen, landen fortgesetzt bedeutende englische Verstärkungen. Die Berichte der feindlichen Spione haben die Deutschen und Oesterreicher nicht ermutigt, Saloniki anzugreifen, das in eine wahre Festung mit vielen vorgeschobenen Schanzwerken verwandelt ist. Die Verpflegung ist durch die Flotte gesichert, die das Meer frei hält und die Stellungen der Alliierten beschützt.

Bulgarien und die Expeditionsarmee der Entente.

Sofia, 15. Dezember. (W. Z. V.) Arbeitsminister Petkow erklärte einem Vertreter des Blattes „Nitro“: Unser Ziel ist erreicht, Mazedonien ist befreit und kein serbischer, englischer oder französischer Soldat befindet sich mehr dort. Ob unsere Armee die Engländer und Franzosen auf griechischem Gebiet verfolgen wird? Wir meinen, daß wir auf griechischem Gebiet nichts zu suchen haben. Selbstverständlich können wir uns nicht sicher fühlen, solange in der Nähe der Grenze ein Feind lauert. Darum stehen wir auf dem Standpunkte, die Engländer und Franzosen müssen Griechenland verlassen, ob in Güte oder mit Gewalt, darüber werden die verbündeten Mittelmächte beschließen. Möglich ist es, daß ihre Truppen Befehl erhalten, die Engländer und Franzosen mit oder ohne Einwilligung Griechenlands vom griechischen Gebiet zu vertreiben. Möglich ferner, daß auch wir gemäß dem Vertrag mit den Verbündeten eingeladen werden, an der Vertreibung mitzuwirken. Ich finde keine Ursache, warum Griechenland die Entente zu fürchten hätte. Die englischen und französischen Truppen sind in Griechenland gelandet, um Serbien zu helfen. Jetzt gibt selbst die Entente die Unmöglichkeit, Serbien zu helfen, zu. Jedes Weiterverbleiben in Griechenland ist zwecklos. Griechenland kann mit vollem Rechte verlangen, daß sie sein Gebiet verlassen.

Ueber Rumänien erklärte Petkow: Mit Rumänien sind die Beziehungen gut. Es ist unklar, daß wir uns vereint mit den verbündeten Truppen an der rumänischen Grenze sammeln, um Rumänien anzugreifen. Unsere Schritte sind Vorkehrungsmaßnahmen gegen einen etwaigen russischen Einfall. Wir und unsere Verbündeten haben keine aggressiven Absichten gegen Rumänien und wollen ein freundschaftliches Einvernehmen mit Rumänien. Ich glaube, daß, sobald Rumänien zur Einsicht kommt, daß seine Interessen ihm den Rückzug an die Mittelmächte gebieten, wir uns mit Rumänien verständigen können.

Der Minister schloß: Nach dem großartigen Siege unserer Armee, den die Befreiung Mazedoniens krönt, ist die Lage Bulgariens gesichert. Unsere großen Verbündeten haben so große Interessen auf dem Balkan, daß sie nie werktätige Hilfe verlangen würden, falls sie nötig sein würde, um gemeinsam das bulgarische Land zu verteidigen. Unser Bund mit Oesterreich-Ungarn, Deutschland und der Türkei stellt eine der größten und stärksten Mächtegruppen dar. Darum können wir ruhig in die Zukunft sehen. Bis zum Friedensschluß bleibt unsere Armee unter Waffen. Die Regierung wird den Kriegern Gelegenheit geben, ihre Kräfte aufzufrischen und neue Kräfte zu sammeln.

Die rumänischen Sozialisten gegen den Krieg.

Der „Post“ wird aus Ofen berichtet: „Az Est“ meldet aus Bukarest: Zwecks Besprechung der Lage hielt die sozialdemokratische Partei am Sonntag nachmittags im Jirkus Sidoli eine Versammlung ab. Sämtliche Redner protestierten gegen die Kriegsfaktion und führten aus, daß manche Politiker ein Eingreifen für die eine oder andere kriegsführende Mächtegruppe verlangen, ohne das Volk zu befragen, welcher Partei es sich anschließen wolle oder ob es überhaupt den Krieg wünsche. Das Volk sei ruhig und wolle keine Kriegsfaktion. Schließlich wurde eine Entschließung in diesem Sinne angenommen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 15. Dezember. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Es ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden.

Paris, 15. Dezember. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. An verschiedenen Stellen der Front ziemlich heftiger Artillerielampf, der für uns vorteilhaft verlief. Unsere Batterien zertrümmten eine feindliche Abteilung an der Straße von Billers in der Gegend von Noje und beschossen mit Erfolg eine feindliche Verpflegungskolonnen bei Thiescourt. In der Champagne östlich vom Hügel von Mesnil verursachte die wohlgezielte Beschichtung feindlicher Schanzwerke im Gehölz Morceau eine starke Explosion und einen Brand. Im Boevre bei Durs Artilleriefeuer im Abschnitt von Linay südlich von Thiaucourt. Wir bemächtigten uns eines Teils einer deutschen Batterie, deren Unterstände und Gräben schwer beschädigt worden waren. In den Vogesen bei Van de Sapt erwiderten wir die heftige Beschichtung unserer Stellungen. Bei Fontenelle verursachte das Gegenfeuer unserer Artillerie eine Explosion im Munitionslager von Laitre.

Heute morgen warf eines unserer Luftgeschwader, das aus elf Fliegern bestand, zahlreiche Bomben von 155 und neunzig Millimeter Stärke auf den Bahnhof und die Begleitung von Allheim. Eine andere Gruppe von 22 Flugzeugen warf ebenso erfolgreich Granaten auf die feindlichen Einrichtungen bei Gauriacourt. Endlich beschloß eine dritte Gruppe von 12 Fliegern erfolgreich die feindlichen Verteidigungswerke südlich von Sampont in der Gegend von Chateau Salins und Chateau Vurthencourt. Unsere begleitenden Flieger wurden angegriffen und schlugen fünf feindliche Flieger in die Flucht.

Belgischer Bericht: Jemlich lebhafteste Artillerietätigkeit an verschiedenen Stellen unserer Front. Unsere Batterien zerstörten feindliche Verbindungswegen nördlich von Dignulden und brachten die feindliche Artillerie zum Schweigen, die bei Luyghen das Feuer auf unsere Linien eröffnen hatte. Bei La Panne wurde ein deutscher Flieger von einem Flugzeug der Alliierten heruntergeschossen und fiel in Flammen gehüllt ins Meer.

Orientarmee. Die Rückzugsbewegung unserer Truppen wird in vollständiger Ordnung fortgesetzt. Ein bulgarischer Angriff gegen Teile unserer Nachhut wurde leicht zurückgewiesen. Alle unsere Heeresteile sind gegenwärtig diesseits der griechischen Grenze zusammengezogen, die die Bulgaren noch nicht überschritten haben.

Dardanellenarmee. Nachträgliche Meldungen lassen die Feststellung zu, daß die dem Feinde durch die Beschichtung am 12. Dezember beigebrachten Verluste beträchtlich waren. Im Laufe des 18. Dezember zeigte sich die türkische Artillerie auf dem europäischen und asiatischen Ufer sehr tätig. Unsere Geschütze erwiderten erfolgreich. Unter dem Schutze ihres Feuers vervollständigen unsere Truppen ihre Verteidigungsarbeiten, die sie mit neuen Drahtminen verstärken.

Frenchs Meldung.

London, 15. Dezember. (W. Z. V.) Das Pressbureau berichtet aus dem britischen Hauptquartier vom 14. Dezember: Unsere Artillerie beschloß heute Commeourt und die Schützengräben des Feindes östlich von Gibench und dem Dorfe Le Mesnil. Die Artillerie des Feindes unterhielt ein lebhaftes Feuer gegen unsere Gräben östlich und nördöstlich von Ptern, worauf unsere Artillerie kräftig antwortete. Wir bewarfen gestern abend einen feindlichen Schützengraben bei Letouquet westlich vom Flusse Iys mit Bomben, wodurch wir große Verwirrung anrichteten. Das Wetter ist anhaltend klar und kalt.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 15. Dezember. (W. Z. V.) Amtlicher russischer Bericht von gestern: Auf der Westfront und auf der Kaukasusfront keine Veränderung.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 14. Dezember. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Verlaufe des gestrigen Tages fuhr der Feind fort, unsere Stellungen an der Isonzofront beharrlich mit seiner Artillerie zu beschießen. Wir antworteten ihm in wirkungsvoller Weise. Es wird von keinem anderen wesentlichen Ereignis berichtet.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 15. Dezember. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Trakfront wurden die letzten auf dem rechten Ufer des Tigris befindlichen Häuser von Kut el Amara am 13. Dezember erstickt. Von zwei feindlichen Monitoren, die in östlicher Richtung zu fliehen versuchten, wurde einer durch unsere Artillerie versenkt, der andere kehrte auf seinen alten Platz zurück.

Auf der Kaukasusfront hat sich nichts ereignet. Auf der Dardanellenfront örtliche Feuergefechte aller Art, besonders mit Bomben und Lufttorpedos. Unsere Artillerie zwang feindliche Schiffe, die in der Bucht von Kimmikl Duman Schutz suchen wollten, zur Flucht. Bei Ari Durun zerstörten zwei von uns auf dem rechten Flügel zur Explosion gebrachte Minen zwei feindliche Gegenminen. Ein feindlicher Kreuzer beschloß wirkungslos unsere Stellungen in diesem Abschnitt und zog sich dann zurück. Unsere Artillerie zwang einen feindlichen Kreuzer sowie ein feindliches Torpedoboot, die sich der Küste näherten, um unseren linken Flügel zu beschießen, sich zu entfernen und brachte einige feindliche Batterien zum Schweigen.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 15. Dezember. (W. Z. V.) (Meldung des Neuterschen Bureau.) Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien, Chamberlain, verlas ein Telegramm des Generals Townshend, in dem berichtet wird, daß am 12. Dezember an der Nordfront heftiges Gewehrfeuer unterhalten wurde, die Türken aber in diesem Abschnitt der Stellung keinen Versuch machten, vorzuziehen. Heftige Angriffe in dem Dorf am rechten Ufer des Flusses wurden zurückgewiesen. Am 13. Dezember war alles ruhig. Verstärkungen kommen regelmäßig an und werden sofort Stromaufwärts weitergeschickt. — Premierminister Asquith sagte in Beantwortung einer Frage, man sei im Begriff, in den Kommandostellen des britischen Heeres einige Änderungen vorzunehmen, die alsbald bekanntgemacht werden würden und nichts mit der Ernennung Joffres zum Oberbefehlshaber zu tun hätten.

Ueber die Verteidigung des Suezkanals

durch die Engländer hat ein Mitarbeiter der „Königlichen Zeitung“ von einem Neutralen, der sich gegenwärtig in Ägypten aufhält und Gelegenheiten hatte, eine Fahrt durch den Suezkanal zu machen, allerlei Interessantes erfahren. Er berichtet darüber u. a. in seinem Blatte:

An beiden Ufern des 160 Kilometer langen Kanals sind mehrere hunderttausende Eingeborene und englische Soldaten eifrig Tag und Nacht mit Spaten und Pickel beschäftigt. Mit größter Eile werden hier im Sande Schützengräben in sechs- bis siebenfachen Reihen ausgehoben, Stacheldrahtseile und Wolfsgräben angelegt. Besondere Aufmerksamkeit wendet man der westlichen Seite des Kanals zu, die am stärksten befestigt ist oder noch wird. Port Said, El Kanaria, Ismailia, Suez, Scharaf, Agroud und Suez sind zu starken Festungen ausgebaut worden. Dazwischen werden gegenwärtig noch viele kleinere und größere Forts errichtet, die sämtlich miteinander durch unzählige Gräben und Feldweidenbahnen verbunden sind. Man hat aber noch weitere Vorrichtungen getroffen, um im allerletzten Falle, wenn es dem Gegner trotzdem gelingen sollte, über den Kanal in die Hauptbefestigungen einzudringen, die Grabenstellungen in den weisigfährenden Abschnitten vollkommen unter Wasser zu setzen und so den Feind am weiteren Vordringen zu verhindern. Auf der östlichen Seite des Kanals werden meist nur große Anlagen errichtet, um gegebenenfalls die sandige Gegend auf weite Strecken hin zu überschwemmen, damit es dem Gegner nicht gelinnet, schon auf den ersten Anlauf sich auf dieser Seite des Kanals festzusetzen.

Zur Verteidigung des Kanals sind aber auch noch eine große Anzahl Kanonenboote und schnelle, stark armierte Monitore bestimmt, die gegenwärtig im Kanal an mehreren Punkten verankert liegen. Zur weiteren Verteidigung hat man in Port Said eine Anzahl schwerer gepanzerter Züge ausgeladen, die mit weittragenden Geschützen versehen sind.

Die in Ägypten zurzeit versammelte Truppenmacht wird auf 240 000 Mann angegeben. Es werden aber in Alexandria benachbarte englische Truppen gelandet, die sofort ins Innere und an den Suezkanal geschickt werden, so daß sich die angegebene Truppenzahl im Laufe der kommenden Zeit erheblich steigern wird.

Erfolge des U-Bootskrieges im Mittelmeer.

Nach einer deutschen Liste sind seit dem Beginn der Saloniki-Expedition von deutschen und österreichisch-ungarischen U-Booten im Mitteländischen Meer 8 Hilfskreuzer und Truppentransportdampfer und 26 Transportdampfer mit Kriegsmaterial versenkt worden. Die Gesamttafelbarkeit der 34 versenkten Schiffe beziffert sich auf ungefähr 200 000 Raumtonnen oder 150 000 Gewichtstonnen. Um sich einen Begriff von dieser Zahl machen zu können, mag man sich vergegenwärtigen, daß ungefähr 200 Eisenbahnzüge mit je 50 Güterwagen erforderlich gewesen wären, um auf dem Landwege eine solche Ladung fortzubewegen. Die Operationen der Saloniki-Expedition sind sicherlich durch den erfolgreichen U-Bootskrieg ganz wesentlich erschwert worden. Auch für die Zukunft haben die Ententemächte mit fortgesetzten Angriffen der U-Boote auf ihre Truppentransportschiffe und sonstigen Transportdampfer zu rechnen.

Außerdem wurden in den Monaten Oktober und November noch 24 weitere Schiffe von den U-Booten der Zentralmächte in den Grund gehohrt. Das Gesamttonnement dieser 24 Schiffe betrug annähernd 70 000 Tonnen.

Der Schweizerische Friedenskongress.

Rotterdam, 15. Dezember. (Z. U.) Eine Meldung der „Times“ aus Lausanne besagt: Der Kongress, der von den Sozialisten und dem Vorstehenden der niederländischen Anti-Kriegsgesellschaft in der Schweiz veranlaßt wird, um Besprechungen über die Bedingungen eines dauernden Friedens abzuhalten, ist im letzten Augenblick auf die zweite Hälfte des Januar nächsten Jahres verschoben worden, weil die englischen und französischen Vertreter nicht anwesend waren und die Ankunft der amerikanischen Delegierten sich verzögert hat. Die Teilnehmer des Kongresses aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn und den neutralen Ländern, die bereits in der Schweiz eingetroffen sind, werden Besprechungen abhalten, um den im Januar bestimmt stattfindenden Kongress vorzubereiten.

Eine englische Friedensörterung.

Zu einem Friedensprogramm von Mr. Hobson bringt die „Nation“ vom 4. Dezember mehrere weitere Äußerungen. Der liberale Abgeordnete G. G. Greenwood erklärte sich im wesentlichen mit dem Programm Mafstermans einverstanden und verlangt daher als Mindestbedingungen für einen Friedensschluß die Zerstörung der deutschen Flotte, Räumung Belgiens, Abtretung von Elsass-Lothringen und Deutsch-Südwestafrika, dazu eine Entschädigung von ein bis vier Milliarden Mark für Belgien und 40 Milliarden Mark oder mehr für Frankreich. Für dringend wünschenswert erachtet er die Abtretung von Kiautschou, die Lösung des Balkanproblems und vielleicht auch der Schleswig-Holsteinischen Frage im Sinne der kleinen Nationen, vor allem aber die Vertreibung der Hohenzollern.

Demgegenüber betont der Abgeordnete Arthur Vansohy, daß Friedensvorschläge, wie sie Mafsterman am 15. November im „Daily Chronicle“ veröffentlicht hat, nicht ernst zu nehmen sind. Mafsterman gehört zu der Partei des englischen Volkes, die Deutschland zu bestrafen wünscht, und nicht zu denjenigen, die eine dauernde Lösung der Konflikte durch den Krieg herbeiführen wollen. Wenn Deutschland so geschlagen werden soll, daß es die „gemäßigten“ Vorschläge Mafstermans annimmt, so dürften Jahre dazu gehören. Nach einem jahrelangen Abnutzungskrieg soll dann Deutschland nach Mafstermans Vorschlägen etwa 44 Milliarden Mark an Frankreich und Belgien zahlen. Solange Deutschland aber noch den sechsten Teil dieser Summe aufbringen kann, wird es sich sicherlich nicht für geschlagen erklären. Mafsterman erklärt, er verlange nicht, daß Deutschland Land abtreten solle, das von Deutschen bewohnt wird; darf man fragen, mit welchem Rechte er dann Frankreich die Rheingrenze und Schleswig-Holstein den Dänen geben will? Friedensvorschläge wie die von Mafsterman helfen nicht weiter. Vansohy begreift nicht, wie man seiner Tätigkeit den Vorwurf machen könne, daß sie Deutschland zugute komme. Sicher ist aber, daß Erklärungen wie die von Mafsterman Deutschlands Interesse vertreten und den Krieg verlängern; denn sie ermutigen alle extremen Kriegsfreunde in Deutschland. Mafsterman gibt ihnen die Möglichkeit, alle Parteien unter ihrer Fahne zu vereinigen unter Hinweis darauf, daß wir Deutschland zurückzuden wollen. Dies trägt dazu bei, den Krieg zu verlängern, zumal die Ansichten eines ehemaligen Ministers wie Mafsterman im Auslande leicht als halbamtlich hingestellt werden.

Kriegsfragen im Unterhaus.

London, 14. Dezember. (W. Z. V.) In der Sitzung des Unterhauses am Montag sagte Lord Robert Cecil auf eine Anfrage, daß die Regierung beabsichtige, Montenegro zum Anlauf von Lebensmitteln eine Anleihe zu gewähren. — Chamberlain erwiderte auf eine Anfrage, es sei Grund anzunehmen, daß das Gerücht deutschen Ursprungs unwahr sei, wonach bisher freundliche Araberstäme in den Kämpfen in Mesopotamien gegen die Briten Partei ergriffen hätten. — Schwabenscher Minister sagte auf eine Anfrage, er sehe keine Schwierigkeit voraus, die notwendigen Anleihen unter freiwilligen Bedingungen zu erheben, so daß eine Zwangsanleihe nicht notwendig werden würde. — Premierminister Asquith erklärte, die Regierung beabsichtige nicht, die Herabsetzung der Gehälter der Minister und der Bezüge der Abgeordneten zu beantragen. — Geheimes für Irland Virell sagte, es läge nicht im öffentlichen Interesse, mitzuteilen, welche Maßregeln gegen die Verleumdung, die Rekrutierung in Irland zu verhindern, ergriffen werden würden. — Tennant sagte, die Verteidigung Londons gegen Luftangriffe sei dem Kriegsdamt übertragen worden. Admiral Scott werde das Kommando nicht behalten. — Terrel fragte, ob bei dem letzten Austausch von Gefangenen wohlgenährte, wohlgekleidete und gesunde Deutsche gegen gänzlich invalide, schlecht gekleidete und in vielen Fällen halbverhungerte Engländer ausgetauscht wurden. Tennant erwiderte: Von den ausgewechselten Deutschen waren 43 dienstfähig und 60 Mitglieder des Sanitätsdienstes. Die Invaldität der Deutschen und Engländer entsprach einander. Die Kleidung der Engländer war schlecht, aber einen halbverhungerten Eindruck machten sie nicht. Auf eine weitere Frage, ob den Engländern nicht woltere Kleidungsstücke weggenommen worden seien, erwiderte Tennant, das entbrähe nicht seinen Nachrichten. — Asquith sagte auf verschiedene Fragen, die Abkommen des Auswärtigen Amtes mit den neutralen Ländern bedeuteten keine Änderung der englischen Politik und kein Eingeständnis der Regierung, daß die Blockade nicht durchgeführt werden könne. Asquith lehnte es ab, auf die neuliche Kritik Carsons in seinem Briefe an die Presse zu antworten und wich den Fragen aus, ob vor dem Abschluß des englisch-dänischen Abkommens bestimmte Ämter befragt worden seien und ob die Frage dem Kabinett vorgelegen habe.

London, 14. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Neuterschen Bureau. Im Unterhause erklärte Tennant, daß der General Smith Dorrien das Kommando über die Truppen in Ostafrika übernehmen werde. Tennant erklärte weiter, daß sich gegenwärtig in Großbritannien 21 205 Kriegsgefangene, die von den britischen Truppen gefangen genommen wurden, befinden.

Englische Kreditforderung für eine weitere Million Soldaten.

London, 14. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Neuterschen Bureau. Im Unterhause ist die Bill, durch welche die Legislaturperiode des gegenwärtigen Parlaments verlängert wird, in zweiter Lesung angenommen worden. — Die Regierung forderte einen ergänzenden Kredit für noch eine Million Soldaten, wodurch die ganze Heeresstärke auf vier Millionen Mann gebracht werden soll.

Pariser Arbeiter gegen Lebensmittelteuerung

Genf, 15. Dezember. (Z. U.) Eine große Arbeiterversammlung gegen die Lebensmittelteuerung fand laut „Temps“ vorgestern in Paris statt. Mehrere Redner des sozialistischen Aktionskomitees und

andere ergriffen das Wort und forderten schnellste Lösung der Frage der Lebensmittelversorgung, namentlich für Getreide, Zucker und Fleisch und der Mietzinsfrage. Sie richteten die Aufmerksamkeit des organisierten Proletariats auf die wirtschaftliche Lage, in der sich das Land am Tage nach den Feindseligkeiten befinden wird.

Ein verhafteter Redakteur.

Man schreibt uns aus Amsterdam:

Die Verhaftung des Hauptredakteurs Schröder vom anti-deutschen Sensationsblatt „Telegraaf“ hat in Holland und im Ausland großes Aufsehen erregt. In Holland schon darum, weil in diesem Lande vollständige Meinungsfreiheit die Inhabung eines Schriftstellers wegen seiner beruflichen Tätigkeit und gar eine Verhaftung mit präventivem Charakter etwas Unerhörtes ist und sicher ohne die durch den Krieg geschaffenen außerordentlichen Umstände etwas Undenkbares wäre. Die prinzipiellen Erwägungen geben denn auch in diesem Falle im Urteil sehr vieler Leute den Ausschlag, die für die Wirksamkeit des „Telegraaf“ nicht die geringste Sympathie haben.

Die große Mehrzahl freilich, besonders der ausländische Beurteiler, wird sich abgesehen von politischen Sympathien und Rührgeisteserwägungen leiten lassen. In der Presse Frankreichs und Englands herrscht die Tendenz vor, so zu tun, als ob Schröder um seines selbstlosen Eintretens für den Vierverband willen der Freiheit beraubt worden sei.

Kun ist nichts weniger wahr denn dies. Hätte die holländische Regierung gegen den „Telegraaf“ wegen seiner Stimmungsmache gegen Deutschland einschreiten wollen, hätte sie dazu in den ersten Kriegsmomenten, wo diese fast unnatürlich aufgeregte Demagogie in Wort und Bild eines gewissen Eindrucks auf die städtischen Massen, besonders des Kleinbürgertums nicht entbehrte, genug Gelegenheit gefunden. Sie hat mit lobenswerter Einsicht vorgezogen, die Kampferlei und Entrüstung in ihrem Fortschritt so lange fortzubringen zu lassen, bis das Publikum die Sache langweilig und — verdächtig fand. Der andere, in den letzten Wochen immer mehr in den Vordergrund getretene Gewerbezweig des „Telegraaf“ ist zweifellos bedenklicher. Der „Telegraaf“ etablierte sich nämlich als Privatbetrieb des Bierverbandes oder genauer der englischen Regierung und ging darauf aus, Fälle von Schmuggel importierter Waren nach Deutschland auf möglichst sensationelle Weise zu „enthalten“, und hierbei die Regierung als Mitschuldigen hinzustellen. Auch klagte er die Regierung an, den Zentralschmuggel Jinn und Kupfer zugeführt zu haben, was natürlich noch weniger einen Neutralitätsbruch darstellt als die Waffenausfuhr der Vereinigten Staaten, aber mit allen übrigen „Fällen“ zusammen wohl England einen Vorwand geben konnte, seine ohnehin drückende Beschränkung des holländischen Handels mit dem Ausland und mit seinen eigenen Kolonien zu verstärken. Die holländische Regierung hat unter der PreSSION Englands verschärfende Bestimmungen gegen den Schmuggel treffen und selbst dulden müssen, daß holländische Unternehmungen gezwungen werden, ihre Geschäftsbücher von Buchhaltungssachverständigen der englischen Regierung prüfen zu lassen. Der „Telegraaf“ setzte aber skandalös seine „patriotischen“ Enthaltungen fort, unter wüster Beschimpfung der unter den schwierigsten Verhältnissen die Landesinteressen wahrnehmenden Regierung und unter irrvoller Verdächtigung der Beamtenhaft. Schließlich wurden gegen den Hauptredakteur zwei Prozesse anhängig gemacht, in deren einem nur das Urteil aussteht. Und recht unerwartet folgte die Verhaftung Schröders.

Man diskutiert jetzt sehr hitzig über ihre juristische Begründung und ihre Zweckmäßigkeit. Es ist unbestreitbar, daß eine Wahrscheinlichkeit der Wiederholung der als Delikt betrachteten Handlungen vorhanden war. Indes ist sehr die Frage ob eine wirkliche Gefahr bestand, daß die Neutralität Hollands durch fortgesetzte Verdächtigung der sie handhabenden Regierung bedroht würde. In der Kammer haben Redner aller Parteien in ununterbrochener Folge das Treiben des „Telegraaf“ scharf verurteilt und damit jener Seite seiner Beschäftigung, die in den ordinären Ausfällen auf Deutschland und in der interventionistischen Stimmungsmache bestand, den letzten Ansehens von Gefährlichkeit entzogen. Bezeichnend für den erbitterten Protest, den die Zumutung, die Neutralität Hollands aufzugeben, und die gewissenlose Störung seines guten Verhältnisses zu allen Kriegführenden in allen Schichten und bei allen Parteien hervorruft, ist die Tatsache, daß sogar auf einer Landeskonferenz der Anarchisten und „freien“ Sozialisten, die am 5. d. M. in Utrecht tagte, eine Einspruchsvollung gegen die Verhaftung Schröders nur mit elf gegen neun Stimmen angenommen wurde. Und in der Debatte erklärte ein Redner gar, er wüßte Schröder, sechs Monate abzusitzen. Was die gefürchteten brutalen Völscheien gegen Deutschland in besonderen anlangt, so läge ein vorgelegenes Verfahren gegen sie gar nicht im deutschen Interesse, weil, abgesehen von der englischen Handelspolizei, gerade sie zu der in den letzten Monaten nicht zu verkennenden, ernstlichsten und beständigsten Beurteilung der weltpolitischen Mächte dieses Krieges beigetragen haben. So bliebe nur die Frage, ob die Denunziationen des „Telegraaf“ wirklich das Urteil der englischen Regierung über die Wahrung der Neutralität durch Holland beeinflussen könnten. Aber so liegt der Fall Schröder wirklich nicht. Die „Enthaltungen“ des „Telegraaf“ sind keine für die Londoner Regierung. Der Apparat in Amsterdam dreht die Platten herum, die man dort fabriziert hat. Sicherlich, ein solches Stammophon ist kein angenehmes Instrument. Aber es ist vielleicht nützlich, den Mechanismus öffentlich zu zeigen, als ungeduldig und nervös auf ihn loszuschlagen.

Wie bereits mitgeteilt, ist Redakteur Schröder freigesprochen, aber in Haft behalten worden.

Verstärkung des amerikanischen Heeres um 400 000 Mann.

Washington, 14. Dezember. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Staatssekretär des Kriegsamtes befragt in seinem Jahresbericht die Bildung von zehn neuen Infanterieregimentern, vier Regimentern Feldartillerie, 52 Kompagnien Küstenartillerie, 15 Kompagnien Pioniere und vier Luftgeschwadern. Das stehende Heer soll um 400 000 Mann verstärkt werden, indem 120 000 Mann zum dreijährigen Dienst ausgehoben werden.

Das amerikanische Flottenbauprogramm.

Washington, 14. Dezember. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Marineminister befragt in seinem Jahresbericht ein fünfjähriges Bauprogramm, das 10 Dreadnoughts, 6 Schlachtkreuzer, 10 Aufklärungs- und 50 Zerstörer, 15 Hochsee-U-Boote und 85 Küsten-U-Boote umfasst und ferner eine Ausgabe von 6 Millionen Dollar für den Flugdienst vorsieht.

Politische Uebersicht.

Die Zukunft Elfaß-Lothringens.

In der gestrigen Sitzung des verstärkten Haushaltungsausschusses des Reichstages wurde die Frage in vertraulicher Weise erörtert, ob die staatsrechtliche Stellung Elfaß-Lothringens innerhalb des Deutschen Reiches anders als bisher zu gestalten sein werde. Bei Beginn der Verhandlungen gab der Stellvertreter des Reichskanzlers folgende Erklärung ab:

„Es ist bekannt, daß die Entwicklung der Verhältnisse in Elfaß-Lothringen Zweifel darüber hat entstehen lassen, ob der bisherige staatsrechtliche Zustand in den Reichslanden nach dem Frieden aufrecht zu erhalten sei. Diese Frage ist auch in der Presse schon wiederholt erörtert.“

Auch in Besprechungen, die der Herr Reichskanzler aus anderen Anlässen mit den leitenden Ministern einzelner Bundesstaaten gehabt hat, ist diese Frage berührt. Diese gesprächsweise Behandlung derselben hat indessen zu einem bestimmten Programm nicht geführt. Auch die Regierung des führenden Bundesstaates ist zu einer Entscheidung darüber, ob und in welcher Weise dieses Problem in Angriff genommen werden solle, noch nicht gelangt. Der Bundesrat ist mit dieser Frage überhaupt noch nicht befaßt worden.

Ich bin daher nicht in der Lage, zu dieser Frage namens des Herrn Reichskanzlers oder der Verbündeten Regierungen Stellung zu nehmen.

Zur Unterstützung arbeitsloser Textilarbeiter.

(Amtlich.) Zur Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Fürsorge für solche Angestellte und Arbeiter, die in der Textilindustrie infolge von Arbeitsbeschränkungen erwerbslos geworden sind, sind vom Reich vom 1. Oktober 1915 ab besondere Mittel bereitgestellt worden, aus denen den Gemeinden und Gemeindeverbänden wenigstens die Hälfte der Aufwendungen für erwerbslos gewordene Angestellte und Arbeiter der Textilindustrie erstattet werden wird. Neben dem Reich wird auch der Staat helfend eintreten, indem er den Gemeinden und Gemeindeverbänden seinerseits regelmäßig ein Drittel der fraglichen Aufwendungen erliegen wird, so daß ihnen höchstens ein Sechstel zu eigenen Lasten verbleibt. Durch diese Hilfsaktion von Reich und Staat werden die Gemeinden in die Lage gesetzt, den erwerbslos gewordenen Angestellten und Arbeitern der Textilindustrie ihre Fürsorge in einem dem Bedürfnis entsprechenden Maße zu widmen.

Der Parlamentarismus hüben und drüben.

Daß die Entente kein Recht habe, sich als Verteidigerin der Volkssouveränität aufzuspielen, sucht ein parlamentarischer Mitarbeiter der „Post“ an den Methoden darzutun, nach denen in den ihr angeschlossenen Staaten die Parlamente behandelt würden. Er geht dabei etwas sehr weit in die Geschichte zurück, wenn er für Frankreich an die Staatsstreichs des ersten und des dritten Napoleon erinnert, und es ist auch nicht gerade sehr beweiskräftig, daß er sich auf die zwar ausgesprochenen, aber nicht verwirklichten Drohungen bezieht, die die Nationalisten Italiens vor dem Zusammentreten der Kammer ausgesprochen haben. Nachdem er zugestanden hat, daß man im englischen Parlament die Anhänger einer baldigen Wiederherstellung frieblicher Zustände mit Ruhe angehört und auch außerhalb des Hauses nicht belästigt hat, faßt er zusammen:

In Rußland werden widerspenstige Dumamitglieder nach Sibirien geschickt, in Frankreich wird Jaurès erschossen, bevor er noch den Mund aufstun konnte, in Italien werden friedensfreundliche Abgeordnete mißhandelt und bedroht. In Deutschland aber läßt Herr Liebknecht, der nicht nur vor dem Kriege, sondern auch während des Krieges im Sinne der Feinde des Deutschen Reiches mehr als einmal im Parlament gesprochen hat — zum größten Verdruß selbst der Mehrheit seiner eigenen Partei — frei herum, unbehelligt von der Regierung sowohl wie vom Volke.

In der Tat, Liebknecht ist noch nicht erschossen und auch noch nicht nach Sibirien verschickt worden. Aber gerade die der „Post“ nahestehenden Parlamentarier haben am wenigsten das Recht, sich auf die Behandlung Liebknechts zu berufen, wenn sie behaupten, daß die „Freiheit der Willensmeinung der Volksvertreter“ in Deutschland mehr berücksichtigt werde, als in den Staaten der Entente. Sie haben bisher doch wahrhaftig nichts unversucht gelassen, den Unbequemem an einer Neuerung seiner Ansichten zu hindern.

Uebrigens fehlt in der sonst so gewissenhaften Aufzählung der Parlamente vollständig der österreichische Reichsrat. Aber da man seit Beginn des Krieges von dieser Volksvertretung überhaupt noch nichts gehört hat, geben wir zu, daß dieses Versehen begreiflich ist.

Berichtigung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Ihren Beiträgen über die gestrige Reichstagsitzung bemerken Sie, daß ich „im Namen der Fraktionsmehrheit“ eine Erklärung abgegeben hätte. Das ist unrichtig. Ich habe die Erklärung im Namen des Fraktionsvorstandes abgegeben, der den Wortlaut einstimmig gutgeheißen hatte.

H. Scheidemann.

Schwerwiegend genug.

Professor Hoepfich schreibt in der „Kreuz-Zeitung“:

„Im ruhigen Bewußtsein unserer Kraft und unserer glänzenden militärischen Stellung konnte der Reichstag auch die Frage des Friedens so behandeln, wie es geichien ist. Der Reichskanzler hat dabei die allgemeine Stellung Deutschlands wiederum so festgelegt, wie er es schon mehrmals getan hat, und sie in Bezug auf die positiven Kriegsziele diesmal etwas schärfer umrissen als bisher. Er hat die Notwendigkeit der Garantien, von denen er schon früher sprach, genauer präzisiert: „Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute ab Einfalls-tore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen. Es ist ja bekannt, daß Frankreich seine Anleihen in Rußland nur unter der Bedingung gegeben hat, daß Rußland die polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaut. Und ebenso bekannt ist, daß England und Frankreich Belgien als ihr Aufmarschgebiet betrachten. Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch, wir müssen uns auch unsere wirtschaftliche Entfaltung sichern.“ An diesem Kanzlerwort kann nicht mehr geübelt werden. Ueber diese Sicherungsziele hinaus sprach Herr v. Bethmann Hollweg mit besonderer Wärme über die Freiheit des Donauweges, über die feste Brücke, die zwischen den unendlich verbundenen Kaiserreichen, dem Balkan und dem nahen Orient geschlagen sei und die Werkzeu des Friedens und der Kultur dienen werde.“ Soweit wir leben, ist zum ersten Male von der verantwortlichen Stelle Deutschlands so nachdrücklich dieses weitersehende deutsche Kriegsziel formuliert worden.“

Mehr als dies konnte der leitende Staatsmann Deutschlands heute noch nicht sagen: ich erwäge genug war auch dies verhältnismäßig wenige Worte, das seine beiden Reden in der gegenwärtigen Lage bringen konnten.“

Die österreichische Arbeiterpartei für die Wirtschaftsgemeinschaft?

Wien, 15. Dezember. (W. L. W.) Der „Parlamentarischen Korrespondenz“ zufolge beschloß die deutsche Arbeiterpartei eine Kundgebung für eine engere Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reich, in der die Notwendigkeit der Schaffung eines gemeinsamen Zollgebietes mit dem Deutschen Reich betont wird und hierfür die Grundzüge festgelegt werden. Ferner wird in ihr verlangt, daß bei der Regelung der zukünftigen handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn die Verbände der Angestellten und Arbeiter sämtlicher Richtungen hinzugezogen werden.

Wahlerfolge der Sozialisten in Bern.

Bei den Wahlen in die Stadtvertretung der Stadt Bern verloren die Freisinnigen zwei Mandate an die Sozialisten und eines an die Konservativen, wodurch die sozialistische Partei die stärkste des Rates wird. Die Partei erhielt im ganzen 20 Mandate, die Konservativen 5 und die Freisinnigen 15. Der Berner Stadtrat wird künftig 37 Sozialdemokraten, 33 Freisinnige und 10 Konservative zählen. Die Bürgerlichen verließen also nur noch über eine sehr geringe Mehrheit (von 6 Stimmen).

Letzte Nachrichten.

Die österreichische Antwort auf die amerikanische „Ancona“-Note.

Wien, 15. Dezember. (W. L. W.) Der Minister des Auswärtigen, Baron von Burian, hat an den amerikanischen Botschafter Penfield unter dem 14. Dezember 1915 nachstehende Note gerichtet: Zu der sehr geschätzten Note Nr. 4167, welche Seine Exzellenz, der Herr außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika E. Frederic Penfield namens der amerikanischen Regierung in der Angelegenheit der Verletzung des amerikanischen Dampfers „Ancona“ unter dem 9. Dezember an ihn gerichtet hat, bezieht sich der Unterzeichnete vorläufig und unbeschadet einer eingehenden meritorischen Behandlung der Reklamation zu bemerken, daß die Schärfe, mit welcher die Bundesregierung den Kommandanten des an der See befindlichen Unterseebootes tadeln zu sollen vermeint und die Entschiedenheit, mit der die an die Adresse der österreichisch-ungarischen Regierung gerichteten Forderungen vorgebracht erscheinen, wohl hätten erwarten lassen, daß die Regierung der Union die tatsächlichen Umstände des Falles, auf welchen sie sich stützt, genau angebe. Wie unangenehm zu erkennen ist, läßt die in der besagten Note enthaltene Darstellung des Sachverhaltes zahlreichen Zweifeln Raum und gewährt, selbst wenn sie in allen Punkten zuträfe und der Beurteilung des Falles die rigoroseste Rechtsauffassung zugrunde gelegt würde, durchaus keine genügende Grundlage, um dem Kommandanten des Kriegsschiffes oder der österreichisch-ungarischen Regierung ein Versehen zur Last zu legen.

Die Bundesregierung hat es auch unterlassen, die Personen zu bezeichnen, auf deren Aussagen sie sich beruft und welchen sie augenscheinlich einen höheren Grad von Glaubwürdigkeit zuschreiben zu dürfen glaubt als dem Kommando der kaiserlichen und königlichen Flotten. Auch was Hohl, Namen und näheres Schicksal der amerikanischen Bürger anlangt, die im kritischen Augenblick an Bord des genannten Dampfers weilten, läßt die Note jeglichen Aufschluß vermissen. Die österreichisch-ungarische Regierung ist gleichwohl im Hinblick darauf, daß das Washingtoner Kabinett nunmehr eine positive Erklärung des Inhaltes abgegeben hat, es seien bei dem fraglichen Vorfall Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika zu Schaden gekommen, im Prinzip bereit, in der Angelegenheit in einen Gedenkenaustausch mit der Bundesregierung einzutreten. Sie muß aber zunächst die Frage aufwerfen, weshalb diese Regierung davon abgesehen hat, die in ihrer Note aufgestellten Forderungen unter Beachtung auch die von ihr selbst hervorgehobenen besonderen Umstände des inkriminierten Vorganges juristisch zu begründen und an die Stelle einer solchen Begründung den Hinweis auf den Schriftwechsel gesetzt hat, den sie in anderen Angelegenheiten mit einer anderen Regierung geführt hatte. Die österreichisch-ungarische Regierung vermag dem Washingtoner Kabinett auf diesem ungewöhnlichen Wege um so weniger zu folgen, als sie keineswegs authentische Kenntnisse von allen einschlägigen Korrespondenzen der Bundesregierung besitzt, und sie ist auch nicht der Ansicht, daß ihr diese Kenntnisse im vorliegenden Falle genügen könnte, der, soweit diese Informationen reichen, in wesentlichen Punkten anders geartet ist als der Fall oder die Fälle, auf welche die Regierung der Union anzuspielen scheint.

Die österreichisch-ungarische Regierung darf somit dem Washingtoner Kabinett anheimgeben, die einzelnen Rechtsfälle zu formulieren, gegen welche der Kommandant des Unterseebootes anlässlich der Verletzung der „Ancona“ verstoßen haben soll. Die Regierung der Union hat auch geglaubt, auf die Haltung verweisen zu sollen, welche das Berliner Kabinett in dem erwähnten Schriftwechsel eingenommen hat. Die österreichisch-ungarische Regierung findet in der sehr geschätzten Note keinerlei Anhaltspunkte dafür, welcher Ansicht dieser Hinweis entspringt. Sollte jedoch die Bundesregierung damit bezweckt haben, eine Meinung in der Richtung zu äußern, als wäre der stehenden Angelegenheit ein Präjudiz irgendwelcher Art gegeben, so muß diese Regierung, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, erklären, daß sie sich selbstverständlich volle Freiheit wahrt, bei Erörterung des Falles der „Ancona“ ihre eigene Rechtsauffassung geltend zu machen. Indem der Unterzeichnete die Ehre hat, die Gefälligkeit Seiner Exzellenz des Herrn Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika mit der ergebnissen Bitte in Anspruch zu nehmen, das Vorstehende der amerikanischen Regierung mitteilen und bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen zu wollen, daß die österreichisch-ungarische Regierung das Schicksal der unschuldigen Opfer des bewußten Vorfalles nicht weniger als die amerikanische Regierung und unter allen Umständen aufrichtigst beklagt, bemüht er zugleich auch diesen Anlaß, um Seiner Exzellenz dem Herrn Botschafter den Ausdruck seiner ausgeprägten Hochachtung zu erneuern.

Burian, M. p.

Abzug der griechischen Truppen aus Saloniki.

Saloniki, 14. Dezember. (W. L. W.) Reuter berichtet: Der eigentliche Rückzug der englisch-französischen Streitkräfte ist nunmehr ganz nach Wunsch der Befehlshaber beendet. Die Zurückziehung der griechischen Truppen aus den Gebieten zwischen Saloniki und Doiran und aus Saloniki selbst hat heute begonnen. Der größte Teil der in Saloniki stationierten griechischen Truppen zieht in der Richtung von Soronitsch und Koziani ab. Fast ganz Ostmazedonien ist den Verbündeten zur freien Verfügung überlassen.

Gerüsteinurz.

Würzburg, 15. Dezember. (W. L. W.) Beim Neubau des Unterfränkischen Krüppelheims stürzte das Gerüst ein und riß acht Arbeiter in die Tiefe. Fünf von ihnen wurden schwer verletzt, die übrigen drei erlitten leichtere Verletzungen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Verurteilen Sie mich, ich zahle doch nichts!

Nach in jeder Sitzung der Schlichtungskommission für Metall-... fächer kann man diese Neuerung aus dem Munde irgend eines... Zwischenmeisters hören. Diese Art von Unternehmern... nach... zu einem gemeinverständlichen Uebel für die Arbeiter-... schaft aus. Zwischenmeister, die vor der Schlichtungs-... kommission als Verleger fungieren, haben sich oft genug... selbst schon gegen diese salomne Abart ihres Standes ge-... wendet. In der letzten Sitzung stand wieder einmal... eine typische Vertreterin dieser Sorte vor der Schlichtungs-... kommission, die mit viel Imperpetinanz und wenig Logik ihren eigenartigen... Standpunkt vertrat. Für das Steppen von Hofen hatte sie vier... Monate lang einer Arbeiterin statt 1,43 M. 1 M. gezahlt. Sie habe... selbst wenn bekommen und die Arbeiterin nur „aus Mitleid“ be-... schäftigt. Die Firmen, die ihr jahrelang Arbeit gegeben hätten, zu... nennen, weigerte sie sich. Magistrat v. Schulze erklärte es... beurteilenswert, daß die Vorderfirma ihren Zwischenunternehmern... derartige Preise zählte. Auf die Frage, ob die Vorklägerin in Zukunft... die vorgeschriebenen Löhne zahlen wolle, gab sie eine ausweichende... Antwort.

Kunze führte aus, daß, wenn die Klägerin auf ihrem Stand-... punkte beharre, an die Polizei ein Antrag ergangen werde, ihr die... Ruhe zu nehmen. Das Gericht verurteilte die Vorklägerin, an die... Klägerin 99,50 M. zu zahlen. Während das Gericht sich zurück-... gezogen hatte, sagte die Vorklägerin: „Auch wenn Sie mich verurteilen... zahlen Sie doch nichts!“

Gegen den nächsten beklagten Zwischenunternehmer beantragte... Kunze, die Schlichtungskommission möge sich an das Polizeipräsidium... wenden zwecks Schließung des Betriebes des Vorklägers, da er den... Tarif nicht einhalte und die Termine nicht wahrnehme. In... einem Falle habe die Polizei einem solchen Entwege schon statt-... gegeben. Dieser Weg solle nun immer in solchen Fällen beschritten... werden.

Das Gericht beschloß, dem Antrag Kunze entsprechend zu handeln. In... einer weiteren Klage hatte es die Kommission mit einem... recht vorläufigen Bescheid zu tun, der ziemlich temperamentslos die... Rechtmäßigkeit der von der Militärbehörde festgesetzten Tarife bestritt... und auch die Meinung vertrat, er habe nicht nötig, die Zeitungen... auf solche Veröffentlichungen hin zu lesen. Ihm wurde geantwortet, auch... wenn die Preise nicht veröffentlicht worden wären, müßte er sie... zahlen. Da noch Erhebungen angestellt werden müssen, so wurde... dieser Fall vertagt.

Wollen Sie die Konsequenzen tragen, wenn ich keine Arbeit... mehr erhalte? fuhr die nächste Vorklägerin, eine Zwischenunternehmerin, den... der Sitzung bewohnenden Major vom Bekleidungsamt an, als... die Frage nach der Vorderfirma fiel. Die Angelegenheit wurde... vertagt zwecks Anstellung von Erhebungen. Die Vorklägerin mußte... wegen fortgesetzten ungebührlichen Betragens aus dem Saal ge-... wiesen werden.

„Weil Sie eine Kriegerfrau sind, soll eine andere Kriegerfrau... statt 1,08 M. nur 65 Pf. von Ihnen erhalten“, hielt Kunze, als... Vertreter der Klägerinnen, einer beklagten Zwischenmeisterin vor. Die... Klage selbst soll aufsergerichtlich auf dem Rechtsweg erledigt werden. 190,19 M. nachzahlen, wurde ein Zwischenmeister verurteilt. Während... die auftraggebende Firma vergleichsweise 57,30 M. an den... Schneiderverband zu zahlen sich verpflichtete.

Es muß immer wieder gesagt werden: jede Arbeiterin, die Not... braucht, wende sich an ihre Organisation, den Verband der... Schneider, Sebatianstr. 37/38!

Tarifvereinbarungen der Korbmacher.

Vor einem Jahr hatten die Korbmacher eine Lohnvereinbarung... für Geflochtenes mit den Unternehmern vereinbart, doch ist es nicht...

gelungen. Dieser Vereinbarung allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Auch die Erwartung, daß die Militärbehörden die Lohnvereinbarung... als maßgebend anerkennen würden, hat sich nicht erfüllt. So kam... es denn, daß auch da, wo die vereinbarten Löhne anfangs gezahlt... wurden, die Vereinbarung schließlich nicht mehr beachtet wurde und... die Löhne zurückgingen. Durch die immer zahlreichere Verwendung... von weiblichen und ungelerten Arbeitskräften wurde die Lohnbrüderie... begünstigt. Die Berliner Korbmacherinnung, welche die Vereinbarung... mit unterzeichnet hatte, zog später ihre Unterschrift wieder zurück, weil... inzwischen ein Verein der Geflochtenenfabrikanten entstanden war, der... einen Lohnvertrag ohne Mitwirkung der Arbeiter aufgestellt und ihn... der Militärbehörde eingereicht hatte. Es waren also unhaltbare... Zustände für die Arbeiter der Geflochtenenbranche eingetreten. Das... veranlaßte die im Holzarbeiterverband organisierten Korbmacher, den... Versuch zum Abschluß einer neuen tariflichen Vereinbarung auf einer... anderen Grundlage zu machen. Es kamen Verhandlungen zustande mit... dem kürzlich entstandenen Verband selbständiger Korbmacher Deutschlands, der... seinen Sitz in Leipzig hat. In einer am 5. und 6. Dezember abgehaltenen... Konferenz der beiderseitigen Vorstände wurde ein Tarif vereinbart, der die... Akkordlöhne für alle Arten von Geflochtenen unter Berücksichtigung der Teilarbeiten fest-... setzt. Die Löhne sind in allen Positionen nach drei Orts-... klassen abgestuft. Man erwartet, daß diese Klasseneinteilung die... allgemeine Anerkennung des Tarifs durch die Unter-... nehmer und die Militärbehörden im ganzen Reich erleichtern und... beschleunigen wird. Neben den Lohnfestsetzungen enthält der Tarif... einige Bestimmungen, deren Durchführung einen bedeutenden Fortschritt... im Korbmachergewerbe darstellt: Die Löhne müssen für Männer und... Frauen gleich sein. Personen unter 45 Jahren dürfen nicht als Heimarbeit... beschäftigt werden. Ausgenommen sind Kriegerfrauen und Personen, die... wegen Gebrechlichkeit nicht in der Werkstatt arbeiten können. Heimarbeit... erhalten dieselben Löhne wie Werkstattarbeiter. Unstündlich ist, daß Werkstatt-... arbeiter nach Feierabend zu Hause arbeiten. Die Tarifparteien verpflichteten... sich, dahin zu wirken, daß der Tarif im ganzen Reich durchgeführt wird... und die Militärbehörden bei Vergabe von Lieferungen den Tarif be-... rücksichtigen und keine Anträge an Unternehmer erteilen, welche den Tarif... nicht anerkennen.

Die Konferenz hat auch einen Tarif für Heide- und Waldkörbe... vereinbart. Derselbe erhöht die bisherigen Löhne um 45-50 Proz. und... setzt die wöchentliche Arbeitszeit, die bisher 60 Stunden betrug, auf... höchstens 56 Stunden fest. Auch dieser Tarif schließt die Heimarbeit... aus.

Eine am Dienstag in Berlin abgehaltene Branchenversammlung... der dem Holzarbeiterverband angehörenden Korbmacher nahm Kenntnis von... der Vereinbarung der Tarife und beschloß nach eingehender... Diskussion, noch keine Entscheidung zu fassen, sondern die endgültige... Stellungnahme zu den Tarifen einer späteren Versammlung vorzubehalten.

Deutsches Reich.

Ein Vorstoß des Unternehmertums.

Mitten im tiefsten Burgfrieden hat der Verein der Industriellen... im Regierungsbezirk Köln beschlossen, am 1. Januar einen gänzlichen... von den Arbeitgebern befristeten Arbeitsnachweis zu errichten. Der... Verein der Industriellen vertritt also, unter dem Schutze des... Verfassungsauftrages, den Grundgedanken des „Herr-im-Hause“-Stand-... punktes durchzuführen. Anders als eine Kampfanlage an die Arbeiter... kann der Vorstoß gar nicht aufgefaßt werden, denn in Köln besteht... eine große städtische Arbeitsnachweisanstalt, die im vergangenen... Jahre 59373 Arbeiter und 27291 Arbeiterinnen vermittelt. Außerdem... bestehen ein Arbeitsnachweis für die Metallindustrie und die Arbeits-... nachweise der Gewerkschaften. Von einem Bedürfnis nach einem neuen... Arbeitsnachweis kann also keine Rede sein. Die neue Gründung... vertritt aber auch gegen die Richtlinien, die zwischen den Gewerkschafts-... vertrettern und der Regierung in der Besprechung vom 30. April d. J. vereinbart... wurden. Die Kölner

Stadtverwaltung hat gegen den Plan der Industriellen Einspruch... bei dem Regierungspräsidenten erhoben. Die Kölner Arbeiter... wollen sich natürlich auch nicht gefallen lassen, daß man ihnen jetzt... aufzwingt, was sie in Friedenszeiten so heftig bekämpft haben.

Aus Industrie und Handel.

Der Krieg und die Elektrizitätsindustrie.

Dem Geschäftsbericht der Siemens u. Halske A.-G. entnehmen wir folgende Ausführungen: „Die bereits vor einem... Jahr in der Beschäftigung der einzelnen Fabrikationsstätten her-... vorgetretene Verschiebung hat sich noch weiter fortgesetzt. Der... Krieg hat erhebliche Anforderungen gestellt an die Beschaffung... von elektrischen Hilfsmitteln manniglicher Art, sei es direkt zur... Ausrüstung von Heer und Marine, sei es indirekt zur... Lieferung an andere für den Krieg tätige Unternehmungen. Neben... einer wesentlich vermehrten Herstellung der schon im Frieden für... diese Zwecke gelieferten Fabrikate war manche neue Aufgabe zu... lösen. Hierdurch und durch Ausnutzung noch verfügbarer Fabrik-... ationsleistungen für anderweitigen Kriegsbedarf ist ein Ausgleich... gegeben worden für den Rückgang der eigentlichen Friedensaufträge... von Staatsbehörden sowohl wie von der privaten Wirtschaft. Das... Ergebnis des Berichtsjahres entspricht demnach auch im allge-... meinen dem der früheren Jahre.“

Wie schon gemeldet, stieg bei der Siemens u. Halske A.-G. der... Nettogewinn von 13,22 auf 17,68 Millionen Mark, der Reingewinn... von 11,15 auf 12,54 Millionen Mark. Die Dividende wird von 10... auf 12 Proz. erhöht.

Ähnlich betont der Geschäftsbericht der Fabrikationsgesell-... schaft des Siemens-Schuckert-Konzerns, der Siemens-Schuckertwerke... G. m. b. H., daß der bisher umfangreiche Export größtenteils in... Fortfall kam, dagegen haben Heer und Marine große Anforderungen... an die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft gestellt. Auch die... steigende Beschäftigung anderer den Zwecken des Heeres und der... Marine dienenden Industriezweige, insbesondere die chemische... Industrie, brachte reiche Beschäftigung. Hervorgehoben wird die... Einrichtung der Reichsstichtwerke, die Transformatoreneinheiten... von 30 000 kVA mit 50 000 Volt Überspannung und einem Gewicht... von 70 000 Kilogramm einschließlich Oelfüllung, die größte aller... bisher gebauten Einheiten, erforderte. An der Auffindung und... Verwendung von Ersatzmaterialien, die an die Stelle der in... Friedenszeiten aus dem Auslande kommenden Rohstoffe zu treten... bestimmt sind, nahm die Gesellschaft lebhaften Anteil und kann... erfreuliche Fortschritte auf diesem Gebiete feststellen; die... Entwicklung der Friedenskonstruktionen mußte naturgemäß hinter... den Kriegsbedarf zurücktreten. Der Ausfall, welcher durch die... während des ganzen Jahres erfolgten Einberufungen von... Angehörigen und Arbeitern entstanden ist, konnte durch... Neueinstellungen nur teilweise ausgeglichen werden.

Bei den Siemens-Schuckertwerken G. m. b. H. stieg der... Geschäftsgewinn von 21,27 auf 27,99 Millionen, der Reingewinn... von 11,495 auf 17,775 Millionen Mark. Die Dividende wurde von... 7% auf 10 Proz. erhöht.

Zigarettenfabrik-Einkaufsgesellschaft. Die Gründung der... Zigarettenfabrik-Einkaufsgesellschaft in Berlin ist durch die... Reichsregierung in Verbindung mit mehreren Banken beschlossen. Die... Gesellschaft hat den Zweck, die systematische und baldige... Einführung von Zigarettenfabrik für Deutschland aus dem Orient... sicherzustellen. Der Aufsichtsrat besteht aus einem Regierungs-... vertreter, drei Vorkläger und einem Syndikus. Außerdem sind... dem Aufsichtsrat zwei Regierungskommissare beigegeben, die ein... Einspruchsrecht besitzen.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Rehardt.
7 1/2 Uhr: Ein Sommernachtstraum.
Freitag: Maria Stuart.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der Weibsteufel.
Freitag: Der Weibsteufel.
Volkstheater.
8 1/2 Uhr: Traulus.
Freitag: Das Mädel.
Dir. Meinhard-Bernauer.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Farnowsky.
8 Uhr: Komödie der Worte.
Freitag: Kaiser und Gallier.
Sonnabend: Kaiser und Gallier.
Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die selige Exzellenz.

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: Staatsanwalt Alexander.
Sonnabend 4 Uhr: Räuberzucht.
Sonntag 3 Uhr: Hänsel und Gretel.
Walhalla-Theater.
8 Uhr: Lieb Vaterland.
Sonnt. 3 U.: D. Kaufmann von Venedig.

Circus Busch.
Heute Donnerstag 8 Uhr:
Labero's
Meister-Experiment
10 Uhr: Die Todesstrafe
11 Uhr: Der Rekord der Teilnahme!
12 Uhr: Die übrigen Schläger! u. a.: Golem, Rubini, Puppchen.

Theater i. d. Königgrätzerstr.
8 Uhr: Der Vater.
Komödienhaus.
8 Uhr: Die rätselhafte Frau
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

URANIA
Taubenstraße 48-49.
4 Uhr (Halbe Preise):
Von den Karpathen bis Brest-Litowsk.
8 Uhr: Geheimer Postrat Grosse
Die Deutsche Feldpost im Weltkriege.

Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: Der Hüttenbesitzer.
Sonnabend 4 Uhr: Frau Holle.
Freitag 8 1/2 Uhr: Schritte auf der Treppe.
Sonntag 3 U.: Der gestiefelte Kater
Sonntag 5 1/2 Uhr: Maria Stuart.

Palast
Tagl. 8 Uhr, Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr
Großer Erfolg!
Der neue heitere Dezenner- und Weihnachts-Spielplan.
Ausnahmeweise sind Vorzugskarten auch für Sonnabend, 18. u. Sonntag, 19. Dez., gültig.

Theater für Donnerstag, 16. Dezember.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: Undine.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: Der fidele Bauer.
Gedr. Herrfeld. Theater
8 Uhr: Rosenblatt's Geheimtip
Kleines Theater.
8 Uhr: Henriette Jacoby.

Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Der Weltenbummler.
Lustspielhaus.
8 1/2 U.: Krieg im Frieden.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Ultimo.

Apollo Theater
Direktion Adolf Vogt.
Telef. Lötow 7941
Ab heute, den 16. d. M.:
Verschiedene neue Kunstkräfte!!
11 Lorcher-Karier zu Pferde!
Dazu 14 weitere Schlager!

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Morgen Freitag, den 17. Dezember:
Sein ganzes Glück.
Vollschaulpiel in 4 Aufzügen von Karl W. Zschokke.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).
Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
Sonnabend 3 1/2 Uhr: Es waren einmal zwei Geschwister.

Thalia-Theater.
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Theater am Vollendorferpl.
3 1/2 Uhr: Der Störenfried.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: D. Fräulein v. Am! mit Guido Thielscher.

WINTERGARTEN
Grete Wiesenthal
„Flotte Bursche“
Operette in 1 Akt v. F. v. Suppé.
Mitwirkende:
Else Berna — Lotte Werkmeister v. Thalia Theat. a. G.
Käte Hansen — Steffi Wallid
Gustav Matzner — Heinrich Peer
Hanna Ewald — Jan Paul
Der Außerdem:
neue
Dezember-Spielplan.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Die von der Emden
Außerdem Weihnachtsprogramm für Jubiläumsfeierlichkeiten vollkommener Natur in d. Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.
Freitag, d. 17. 12.: Festvorstellung zum Besten einer Weihnachtsbescherung für die 1. Türkische Armee!

Casino-Theater
Lohringstr. 37. Tagl. 8 Uhr:
Neu! Neu! Neu!
Was machste du?
Pöle in 3 Aufzügen von Hans Berg.
Dazu das große Festdrama amn. Franz Amon! 3 Kavaliers! Erben!
Sonntag 4 Uhr: Familie Schnase.

Possen-Theater
8 1/2 (Folies Caprice) 8 1/2
Freund Loewe. Seine Tante.
Dienstag, den 21. Dezember:
Zum 1. Male:
Melonenbaum.
Heschunge ist Trumpf.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Großes Konzert.**
Berliner Konzerthaus-Orchester
Leiter: Komponist Franz v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 17. Dez.: **Gr. Weihnachtsfeier** zum Besten des im Felde stehenden Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 93.

WINTERGARTEN
Grete Wiesenthal
„Flotte Bursche“
Operette in 1 Akt v. F. v. Suppé.
Mitwirkende:
Else Berna — Lotte Werkmeister v. Thalia Theat. a. G.
Käte Hansen — Steffi Wallid
Gustav Matzner — Heinrich Peer
Hanna Ewald — Jan Paul
Der Außerdem:
neue
Dezember-Spielplan.

Six Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.
Durchführung Vorwärts.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfrennie“
Ortsgruppe Berlin.
Sonntag, den 19. Dezember 1915, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Berlin SO 16, Engelauer 15:
Musik = Abend
Mitwirkende: Die Herren R. u. E. Vorpahl, Fräulein Else Kühn — die Herren Max Fengler und Alfred Preuß sowie die musikalische Abteilung.
Saalöffnung 5 1/2 Uhr. Beginn 7 Uhr.
Einlaßkarten a 30 Pf. sind zu haben bei Horsch, Engelauer 15, Heysse, Boyenstr. 19, Strandl, Schivel einer Str. 40, in den übrigen Zahlstellen sowie in der Geschäftsstelle, Fritz Kruse, Mariannenstr. 11, Fernspr. Moritzplatz 1575.

Gewerkschaftshaus
Eröffn. 7 Uhr Sonnabend, 18. Dezember, Anfang 8 Uhr
Weihnachtsfeier der Metallarbeiterjugend
unter Mitwirkung des Gesangvereins „Namelos“.
Zum Vortrag gelangen: 1. Türkisches Schenkentlied von Wendelsohn.
2. Zum Wanderrort hinaus (Gesungen von 60 Sängern).
Ferner: Frä. Wally Kuffel, Rezitation; Herr Sulmann, Lieder zur Laute, und der Humorist Thilo (gen. der Lachpille Thilo).
Ueberraschungen unter dem Weihnachtsbaum.
Eröffn. 5 Uhr Sonntag, den 19. Dezember, Anfang 6 Uhr
Die Weihnachtsfeier der „Wandervögel“.
Unter dem Weihnachtsbaum:
Ueberraschungen und Vorführungen aller Art.

Sonntag mittag:
Döbenschwanzsuppe . . . 0,30
Kartoffeln mit Vinaig. . . 0,15
Dedst, grün . . . 0,60
Spinat mit Kalbsle. . . 0,60
Kaffee mit Nüssen . . . 0,60
Nietgulaß . . . 0,70
Gänsebraten . . . 1,—
Nudeln . . . 1,—
Rahmbraten . . . 0,70
Kohlbeef . . . 0,70
Rohschaf oder Kalb . . . 0,10
Speise oder Kälbe . . . 0,25
Donnerstag und Sonnabend
ein sehr billiger Schnellverkauf, nicht unter 5 Pfund.
a Pfd. a Pfd.
Ein großer Vollen Döbenschwanz (hier, Kalbsle ohne Knochen). . . 1,50
Ein großer Vollen Kalbsfleisch. . . 1,20-1,30
Ein großer Vollen Knochen . . . 0,20
Ein großer Vollen Kälbe . . . 1,80
Gänsefleisch . . . 2,—
Stück 50 Renter Schlachtwurst und Schmalz . . . 2,20
Ein großer Vollen Kalbsfleisch, Krautschmeier und 5. L. L. hader Leberwurst . . . 2,—
Ein großer Vollen Knochenwurst, Bräunler und frische Gutwurst . . . 1,20
Gänsefleisch . . . 1,20

Die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung.

(Sitzung der Reichshaushaltskommission.)

Abg. Wollenbuhr machte am Schluß der Dienstag-
sitzung u. a. nachstehende Ausführungen: Die Altersversicherung
ist sehr populär, denn man weiß, wie schwer es für alte Leute ist,
ein Arbeitsunterkommen zu finden. Ein Unglück ist es für diese
Leute, wenn sie noch zu viel Arbeitskraft haben, so daß sie die
Invalidenrente nicht erhalten können. Für die Versicherung ist
das ein Vorteil; sie hat aber auch Nutzen davon, wenn der Ver-
sicherte vor Invalidität bewahrt und als Beitragszahler erhalten
wird. Von 608 169 Personen, die in den Jahren 1909 bis 1913
Invalidenrente erhalten haben, waren 308 104 über 60 Jahre alt.
Die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre ist schon deshalb
nützlich, um die Reichsversicherung mit der Angestelltenver-
sicherung in Einklang zu bringen. Für Angestellte mit weniger
als 2000 M. Gehalt soll ein Gehalt das andere ergänzen. Die Re-
gierung sträubt sich nur deshalb dagegen, weil es Geld kostet. Die
Kosten betragen höchstens 4 1/2 Millionen Mark. Das wird man
nach dem Kriege wohl auch noch aufbringen können. Der Ein-
wand, daß die Herabsetzung der Altersgrenze eine Beitrags-
erhöhung nötig mache, ist nicht ernst zu nehmen, denn eine so
geringe Beitragserhöhung kann gar nicht erhoben werden. Die
Erhöhung der Wochenbeiträge um nur 2 Pf. pro Woche würde
allein schon 16 Millionen Mark bringen. Die Regierung hat von
jeder erklärt, daß die Reichsversicherung dem Bankrott entgegen-
stehe; statt dessen werden die finanziellen Unterlagen ständig ge-
schlechter. Nebenbei belegt das mit Zahlen. Ein großer Teil der
rechnerischen Annahmen wird nie Wirklichkeit. Die Annahmen
schneiden zum Teil aus der Versicherung aus: Frauen, die sich ver-
heiraten und aus der Versicherungspflicht ausscheiden; Versicherte,
die selbständig werden; Versicherte, deren Einkommen so steigt, daß
sie die Versicherung aufgeben; Versicherte, die sterben; durch Aus-
wanderung, speziell ausländische Urlauber. Die theoretisch banke-
rotte Versicherungseinrichtung sammelt in der Praxis mährchenhaft
erscheinende Kapitalien an. Es gibt auf der Welt kein Geldinstitut,
welches über ein annähernd so großes Vermögen verfügt wie die
Träger der Invalidenversicherung. Man kann den Mathematikern
keinen Vorwurf machen, wenn sie vorsichtige Rechnungen aufstellen;
man sollte aber nicht versuchen, Fehler zu erhalten. Die Arbeiter-
versicherung ist etwas anderes als ein Versicherungsgeschäft. Die
Versicherten können die Versicherung nicht aufgeben. Bei Berech-
nung der wahrscheinlichen Belastung werden nicht nur alle un-
günstigen Faktoren eingerechnet, sondern künstlich welche konstruiert.
Ein klassisches Beispiel war die Belastungsberechnung für die Be-
rufsgenossenschaften. Nach den Belastungsberechnungen sollte die
Versicherungsgenossenschaft 1910 auf je 1000 Versicherte 153 Witwen
haben; tatsächlich hatte sie 17, also genau ein Reintitel der er-
warteten Zahl. Ungünstige Unterlagen hat man bei dem Ab-
schnitt Hinterbliebenenversicherung künstlich konstruiert. Man hatte
gute Unterlagen, aber man benutzte sie nicht. Im Juni 1907
waren die Witwen gezählt und festgestellt, daß 854 645 unter
15 Jahre alte waisellose Kinder in Deutschland lebten. Man
braucht nur die auszusondern, deren Väter nicht versichert waren,
und man hätte eine gute Unterlage gehabt. Das tat man nicht,
und so wurde künstlich eine höhere Zahl konstruiert. Ferner er-
mittelte man, daß 1882 774 480 Arbeiterwitwen gezählt wurden,
und sagte, wo Witwen sind, sind auch Waisen. Im nun eine
Jahr zu haben, wurde behauptet, daß jede Witwe so viel Kinder
habe, wie die Witwen der durch Unfall getöteten Arbeiter im Jahre
1908 hatten, nämlich 10 000 Witwen, 13 467 Kinder. Dazu wurden
noch 4 1/2 Proz. Volkswaisen gezählt, und man kam nun auf
1 057 700 Waisen. Beide Ziffern sind ansehbar. Nach alledem
ergibt sich, daß die Regierung mit nicht zutreffenden Unterlagen
arbeitet. Die ganzen Mehrkosten belaufen sich auf 4 1/2 Millionen
Mark. Mit Rücksicht darauf hat der Reichstag die Pflicht, die
Herabsetzung der Altersgrenze durchzusetzen.

Bei der in der Mittwoch-Sitzung vorgenommenen Ab-
stimmung wurde der Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze
für den Bezug der Altersrente auf 65 Jahre einstimmig an-
genommen. Sodann wurde über etwa 30 Anträge abgestimmt, die noch zu
der Lebensmittelversorgung gestellt waren. Die meisten Anträge
wurden angenommen. Auf Antrag des Zentrums wurden
die Anträge, die sich auf die Erhöhung der
Soldatenlöhne beziehen, gegen die Stimmen der
Sozialdemokraten, der Regierung lediglich als
Material überwiesen.

Die Verhandlungen über die eisen-lothringische Frage waren
streng vertraulich.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde eine Resolution an-
genommen, die die Errichtung einer Zentrale für Lebensmittel-
versorgung im Reichsamt des Innern fordert. Diese Zentrale
erhält das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen. Der Zentral-
stelle wird ein aus Reichsstaatsangehörigen bestehender Beirat von
15 Mitgliedern beigegeben. — Der Staatssekretär des Innern
hatte, nachdem die Resolution durch Abg. Hoch (Soz.) kurz be-
gründet worden war, seine Zustimmung ausgesprochen.

Die Kommission wandte sich dann der Beratung des sozial-
demokratischen Antrags zu, dem Reichstag die
Kriegsbesoldungsordnung

zur Beschlußfassung vorzulegen. — Abg. Stüdlén (Soz.) be-
gründete den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Anwen-
dung der Kriegsbesoldungsordnung ein Verstoß gegen die Ver-
fassung bedeute. Dieser Meinung habe der Reichstag mit großer
Mehrheit in seiner letzten Tagung Ausdruck verliehen. Die Ge-
hälter der Beamten habe man sehr wesentlich gekürzt. Daß dabei
Ingerechtigkeiten mit unterlaufen sind, ist nicht zu bestreiten,
dürfte auch kaum ganz zu vermeiden sein. Der entscheidende Krieg,
der über die Menschheit gekommen ist, dürfe nicht dem Geldverwech
dienen. Das gelte für alle, ob sie in der Heimat sind oder im
Felde stehen, und es wäre vielleicht richtig gewesen, wenn die Re-
gierung die Beamten, die sich freiwillig gemeldet hatten, beim Auf-
ruf des Landsturms einfach als Landsturmpflichtige betrachtet und
zur Wahrnehmung ihrer Geschäfte kommandiert hätte. Dabei
waren sie noch immer besser daran als ihre gleichaltrigen Ge-
nossen, die im Schützengraben liegen oder als Schipper tätig sind.
Dem Reich aber wären viele Millionen erspart worden. Nebenbei
zeigt an der Hand einer Anzahl Beispiele, wie sich die Besoldung
der Beamten jetzt gestaltet. Grundätzlich müsse man daran fest-
halten, daß jeder Beamte nur für ein Amt bezahlt wird, das er
auch wirklich bekleidet, nicht aber auch noch Gehalt erhält für ein
Amt, das er gar nicht versehen kann. Die Gemeinden müssen
schwer darunter leiden, daß sie Gehälter an Beamte bezahlen
müssen, die sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet und dann als
Militärbeamte angestellt wurden. Es wäre am Platze, die Zulagen
der Dahemgebliebenen völlig zu streichen, wenn nicht wirklich mehr
Arbeit geleistet wird. Man dürfe aber bei den Beamten nicht
stehen bleiben, sondern müsse auch übergrreifen zu den Offizieren
und ihnen neben ihrem Friedensgehalt eine Kriegszulage geben,
die in derselben Höhe bemessen sein dürfte wie die Zulage, die die
Beamten bekommen. Im Krieg erfüllen die Offiziere eigentlich
nur ihre Pflicht, das Vaterland zu verteidigen. Nebenbei stellt eine
Berechnung auf, aus der sich ergibt, wie die Offiziersgehälter sich
in Zukunft gestalten werden. Es sei sehr interessant, daß der
Generalgouverneur von Belgien, v. Bissing, den Versuch gemacht
hat, die Abzüge, die den Beamten gemacht wurden, durch Genus-
mittelzuschüsse auszugleichen in Höhe von 30 bis 300 M. monatlich.
Diese Absicht ist allerdings sofort durchkreuzt worden. Wenn der

Schahsekretär wirklich eine umfassende Sparpolitik entfalten
wolle, dann finde er auf diesem Gebiet ein reiches Arbeitsfeld.
Nebenbei schließt mit der Forderung an die Regierung, im Sinne
der sozialdemokratischen Anträge tätig zu sein. — Abg. Gröber
(Zentrum) teilt die Auffassung, daß die Kriegsbesoldungsordnung
dem Reichstag vorgelegt werden müsse. Ein solcher Beschluß liege
bereits vor, weshalb der Antrag eigentlich überflüssig sei. Nebenbei
erwähnte sich auch, was im Fall Saarbrücken geschehen sei, wo
zwei Armeekorps zu unrecht für mobil erklärt wurden, wodurch
die Offiziere und Mannschaften die Kriegsbesoldung erhalten haben.
— Abg. Reibel (konf.) erklärt, die Offiziere dürften in ihren
Verzügen nicht gekürzt werden und die Kriegsbesoldungsordnung
entspringe der Kommandogewalt des Kaisers. — Abg. Dieckhoff
(Fortschr. Bpt.) erklärt, die Kriegsbesoldungsordnung müsse eigen-
tlich beseitigt werden. Ersparnisse seien dringend nötig in einer
Zeit, in der das ganze Volk sich einschränken muß. — Kriegs-
minister v. Wangel vertritt die Ansicht, daß man in den oberen
Kreisen sich trotz hoher Einkünfte sehr einschränke. Der Reichstag
habe sich mit der Regierung dahin geeinigt, daß die Kriegsbesol-
dungsordnung reformiert werden solle. Eine gesetzliche Re-
gelung sei nur für die Zukunft gefordert worden, während des
Krieges sei sie auch absolut nicht möglich. Es sei auch zu beachten,
daß die Familien der Offiziere keine Unterstützung bekommen,
und wenn die Offiziere höhere Einnahmen haben, dann steigen
damit auch die Steuern. — Ein Kommissar des Kriegs-
ministers bespricht dann eingehend die Änderungen der
Kriegsbesoldungsordnung. — Abg. Werner (Antisemit) beklagt
die Härten, die die Neuordnung mit sich gebracht habe. — Abg.
Kretsch (konf.) befürchtet, daß es im Auslande als ein Zeichen der
Schwäche angesehen werde, wenn man die Gehälter der Offiziere
kürzen würde.

Abg. Stüdlén (Soz.) erwidert dem Kriegsminister, daß der
Reichstag nicht die Neuordnung der Kriegsbesoldungsordnung in
die Zukunft habe verschieben wollen, sondern fast alle Parteien
seien sich dahin einig gewesen, daß die Vorlage dem Reichstage
so rasch als möglich zugehen müsse. Es sei doch sicher nicht an-
zunehmen, daß die Offiziere weniger fröhlich ihre Schuldigkeit tun
würden, wenn sie in dieser schweren Zeit weniger Gehalt bekämen.
Um eine besondere Kategorie herauszuheben, die in der Besol-
dungsordnung sehr zurückgeblieben sei, müßten die Zahnärzte er-
wähnt werden, die trotz ihrer großartigen Leistungen in eine ganz
untergeordnete Stellung geschoben worden sind. Es sei einfach
unbegreiflich, daß akademisch gebildete Leute sich von Sanitäts-
gefreiten in der Anatomie unterweisen lassen müßten. Daß die
Offiziere im Felde höhere Ausgaben haben, trifft nicht immer zu;
denn im Schützengraben werde ihnen sogar die Verpflegung ge-
sichert. Höhere Ausgaben mögen dann entstehen, wenn die Herren
sich längere Zeit in der Schuppe aufhalten. Ganz energisch müsse
aber die Auffassung zurückgewiesen werden, daß die Kriegsbesol-
dungsordnung unter die Kommandogewalt des Kaisers fielen. —
Abg. Erdberger (Z.) vertritt die gleiche Auffassung und wünscht,
daß sobald als möglich eine gesetzliche Regelung eintritt. — Abg.
Gothein tritt ebenfalls dafür ein, daß den Offizieren eine
Aufwandsentschädigung im Krieg gewährt wird. Zulagen in der
Heimat seien jedenfalls nicht am Platze. Auch dieser Redner tritt
für die Wünsche der Zahnärzte ein.

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch der Kriegs-
minister, Abg. Stüdlén und Abg. Haas, der insbesondere
auf die Verhältnisse der Offizier-Stellvertreter einging.

Nach kurzer Auseinandersetzung zwischen dem Schahsekretär
Helfferich und Abg. Stüdlén wurde die Verhandlung auf
Donnerstag vertagt. Am Donnerstag werden die Anträge mili-
tärlicher Natur verhandelt.

Das tägliche Brot.

Gegen die Armeisuppen.

In der letzten Zeit finden sich immer mehr Gesandte der
Calwerischen Kriegsnotpolitik, die unter Verwerfung von Höchst-
preisen Produzenten und Händlern ungeschmälerter Gewinn zu-
führen und die Not der Armen durch Volksküchen und öffentliche
Speisungen lindern will. Der Kasseler Oberbürgermeister Koch
wendet sich gegen diese Vorschläge. Er hält sich legitimiert, in
dieser Frage ein Wort mitzureden; denn seit anderthalb Jahren
sei er für die Lebensmittelversorgung einer Großstadt verantwor-
tlich und aus seinen Erfahrungen heraus schreibt er gegen Calwer:
„Die Minderbemittelten durch Speiseanstalten und andere
Nahrungsmittelverwendungen vor der Not zu schützen zu wollen,
bedeutet nichts weniger, als ihnen eine bemängelte Armen-
unterstützung zukommen zu lassen. Einem großen Teil
unserer unteren Stände, die am liebsten ihre kleine Wirtschaft
selbständig verwalten, und denen die Versorgung in öffent-
lichen Anstalten immer noch als Verringerung ihrer bürger-
lichen Stellung erscheint, wäre damit nicht gedient. Wollig aber
versteht der Vorschlag gegenüber dem Mittelstand. Niemand leidet
in diesem Kriege so sehr wie unser Mittelstand. Die Kriegsunter-
stützungen aus öffentlichen Mitteln fallen nicht reichlicher aus, ob
es sich nun um einen Gelegenheitsarbeiter oder um einen Werk-
meister oder einen Prokuristen oder einen selbständigen Gewerbe-
treibenden handelt, dessen geringe Ersparnisse längst verbraucht
sind. Sie alle auf öffentliche Speisehallen zu verweisen, heißt, sie
gewalttätig proletarisieren. Sie unberücksichtigt lassen, heißt, wie
Stier-Somlo mit Recht sagt, sie zur Unterernährung und Ver-
schuldung führen und sie dauernd verbittern.“

Im übrigen ist Oberbürgermeister Koch der Meinung, daß die
Nahrungsmittel zwar knapp sind, aber ausreichen, und daß das
zu lösende Problem in der Organisation der Verteilung
besteht.

Zur Milchversorgung.

Die Bundesratsverordnung, die alle Gemeinden über 10 000
Einwohner verpflichtet, die Milchmenge für Kranke, stilkende
Mütter und Kinder sicherzustellen, erweist sich in Köln als un-
durchführbar. Es sind so viele Anmeldungen auf Sicherstellung
eingelaufen, daß die vorhandene Milchmenge dazu bei weitem nicht
ausreicht. Köln wird infolgedessen die Milchkarte nicht einführen.
Die Bundesratsverordnung erwies sich übrigens bei dem Versuch
ihrer praktischen Durchführung als unsozial. Die Ärzte ver-
langten nämlich durchweg für ein Kind, das die Milchbedürftigkeit
nachwies, 2 bis 3 M. und stellten es nur für die Dauer von 4 bis
8 Wochen aus. Diesen Luxus konnten sich natürlich die ärmeren
Schichten nicht leisten, während die Wohlhabenden massenhaft
Atteste einreichten. Uebrigens zeigt sich längst, daß die Milch-
lieferanten ihre „bessere“ Kundschaft bevorzugen, so daß die Fa-
milien, denen täglich nur der Bezug eines kleineren Milchquan-
tums möglich ist, am härtesten vom Milchmangel betroffen werden.
Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als Milchkarten für
die gesamte Bevölkerung unter Bevorzugung der kleinen Kinder
einzuführen.

Die Regelung des Milchverbrauchs in München.

Das stellvertretende Generalkommando des 1. bayerischen
Armeekorps hat vom 16. Dezember ab für München das Verbot
der Beigabe von Milch in Kaffeehäusern usw. aufgehoben, nachdem

seit der Registrierung den Milchverbrauch Münchens geregelt und
dabei die Verwendung kondensierter und sterilisierter Milch für die
Kaffeehäuser genehmigt hat.

Der Kartoffeljammer im Westen.

Weil die Regierung den Starrsinn der Kartoffelproduzenten
nicht entgegenhat, ist das rechtzeitige Abwollen veräußert
worden und nun haben die Gemeinden und Städte im Westen, da
der Versand der Kartoffeln gerade während des Frostes vor sich
ging, ungeheure Mengen erfrorener Kartoffeln be-
kommen, die für die Volksernährung verloren
sind. Die Gemeinden sind dadurch in die bedrückteste Lage
gebracht. Nicht nur, daß sie noch immer keine Kartoffeln haben
zur genügenden Versorgung, sie müssen auch den Schaden tragen.
Die Kartoffeln, die ihnen mit Transport und Spesen etwa 4 M.
kosten, müssen sie nun als Viehfutter an die Landwirte abgeben,
die 1,50 M. für den Zentner zahlen. Ja, der Verlust ist so groß,
daß Stärkefabriken und Schnapsbrennereien mit den erfrorenen
Kartoffeln der Gemeinden verpflegt werden. In manchen Orten
sind auch die Konsumenten die Geschädigten. Die Gemeinde We-
sthausen z. B. ließ Umfrage nach Kartoffelbedarf halten und für
jeden bestellten Zentner Kartoffeln mußten in Borussia 1,50 M.
eingezahlt werden. Eine Garantie übernahm die Gemeinde weiter
nicht, sondern den Leuten wurde erklärt, sie müßten die Kartoffeln
so abnehmen, wie sie auf dem Bahnhof Westhausen ankämen. Jetzt
haben die armen Konsumenten die Versicherung; sie konnten sich
erfrorene Kartoffeln nach Hause fahren, den Zentner zu 4 M. —

Spanische Sozialisten gegen die Lebensmittelteuerung.

Nach einem Eigenbericht des „O'Seculo“ vom 29. November
aus Madrid fanden in Madrid, Valladolid, Bilbao, Valencia und
an anderen Orten sozialdemokratische Protestversammlungen gegen
die Lebensmittelteuerung statt.

Preisfestsetzung für Wurstwaren und Süßwasserfische.

Aus dem Rathaus wird berichtet: „Der Magistrat Berlin hat
in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1915 Kleinhandels-Höchstpreise
für Wurst- und zubereitete Fleischwaren festgelegt. Die Preise sind
je nach den verschiedenen Wurstarten auf 1 M. bis 2,90 M. für das
Pfund normiert. Letztgenannter Preis darf für keine Wurstart
überschritten werden. 2,90 M. ist auch als Preis für das Pfund
Schweinebraten festgelegt. Die gleichen Preise gelten auch für
Wurst und Braten im Aufschnitt. Zuwiderhandlungen sind unter
schwerer Strafe gestellt.“

In der gleichen Sitzung sind auch Kleinhandelspreise für Süß-
wasserfische in Gemäßheit der Bundesratsverordnung bestimmt
worden, und zwar darf nach diesen Bestimmungen für lebende Süß-
wasserfische im Kleinhandel der Pfundpreis nicht übersteigen

Table with 2 columns: Item and Price. Items include: bei Karpfen, bei Schleien, bei Hechten, bei Bleien und Brachsen von 2 Pfund und darüber, unter 2 Pfund, bei Blögen und Rotaugen von 1 Pfund und darüber, unter 1 Pfund. Prices range from 1,30 M. to 0,85 M.

Bei Süßwasserfischen in totem Zustande ermäßigen sich die fest-
gesetzten Höchstpreise um 20 vom Hundert. Bei der Festlegung dieser
Kleinhandels-Höchstpreise ist der Magistrat bis an die vom Reichs-
kanzler zugelassene Grenze gegangen. Auch hier sind Zuwider-
handlungen unter schwerer Strafe gestellt. Während jedoch die Ver-
ordnung über Wurst- und zubereitete Fleischwaren erst am
20. Dezember in Kraft treten soll, hat die Verordnung bezüglich
der Süßwasserfische schon Geltung vom Tage der Bekanntmachung.“

Die für Wurst- und Fleischwaren festgesetzten Preise betragen
im einzelnen:

Der Preis für beste Ware im Kleinhandel darf nicht über-
schreiten:

Table with 2 columns: Item and Price. Items include: für gehacktes Schweinefleisch, rein, mit anderem Fleisch, vermischt, für Bratwürste, Bratwurst, frische, mit Wasser abgerieben, u. Saucisgen, Andere Bratwurst aus grobzerkleinertem Fleisch, Brühwurst (Wiener, Jauerische, Breslauer, Bodwurst, Knoblauchwurst u. a., außer echte Frankfurter, für Rohwürste, Preßkopf, Sülzwurst, Schwartenmagen, Frische Blutwurst mit Semmelzusaß, Andere Blutwurst, Rottwurst nach Thüringer Art, Blut-Fleischwurst, Jungenswurst, Frische Leberwurst mit Semmelzusaß, Zwiebelleberwurst ohne Semmelzusaß, Land- und Hausmacher-Leberwurst, Reine Leberwurst, Butterfett. Prices range from 1,60 M. to 2,90 M.

Im Aufschnitt gelten die gleichen Preise.

Bei Abgabe von Mengen unter einem Pfund gelten die Preise
entsprechend mit der Maßgabe, daß Bruchteile von Pfennigen auf
volle Pfennige nach oben abgerundet werden dürfen.

Die Höchstpreisfestlegung bezieht sich nicht auf die Verabfolgung
zubereiteter Fleisch- und Wurstwaren in Gast- und Schankwirt-
schaften, Speisewirtschaften, Fremdenheime und Speiseanstalten
(Pensionen und Kantinen).“

Die festgesetzten Preise sind reichlich hoch und bleiben für die
am stärksten begehrten Wurstwaren nur unerheblich hinter den
Preisprüfungsaußschusses zurück. Bei den zahlreich zugelassenen
Wurstorten besteht übrigens die Gefahr, daß eine genaue Begren-
zung der einzelnen Sorten schwerer möglich ist und eine Umgehung
selbst dieser Preise durch andere Wurstbezeichnungen leicht erfolgen

kann. Bestimmte Preise müssen sich auf eine bestimmte Ware beziehen, die das Publikum ohne weiteres kontrollieren kann. Sonst wird der Ueberborteilung des Publikums Tür und Tor geöffnet.

Aus der Partei.

Kautsky gegen Blos.

Das „Verl. Tagebl.“ veröffentlicht folgende Zuschrift des Genossen Kautsky:

In Ihrem Abendblatt vom Montag geben Sie unter dem Titel „Ein schwankendes Noth“ eine Mitteilung wieder, die der Abgeordnete Blos über mich in der „Schwäbischen Tagwacht“ vordruckt. Diese Mitteilung ist falsch. Blos behauptet, ich hätte am 8. August 1914 der Fraktion vorgeschlagen, die Kriegskredite zu bewilligen, aber vom Reichskanzler dafür Zugeständnisse zu verlangen. Also: „Kanonen gegen Volksrechte“. In Wirklichkeit habe ich einen derartigen Vorschlag nie gemacht. Zunächst war ich für Stimmenthaltung. Nur weil diese abgelehnt wurde, schlug ich vor, ehe man sich für die Bewilligung entscheidet, vom Reichskanzler Aufklärungen und Zusicherungen wegen der Kriegsziele zu fordern und die Bewilligung der Kredite davon abhängig zu machen, ob die Antwort des Reichskanzlers uns genügen dürfte. Die Gewährung von Vollrechten, etwa einer preußischen Wahlreform als Vorbedingung unierer Zustimmung zu den Kriegskrediten zu verlangen, ist mir nie eingefallen. Was ich forderte, waren nicht Zugeständnisse, sondern Klarheit. Was ich ablehnte, war blindes Vertrauen. Das ist auch heute noch meine Auffassung. Nur meine ich, daß die Undurchsichtigkeit der Situation, die am 8. August vorigen Jahres bestand, längst gewichen ist und die Verhältnisse jetzt klar genug liegen, durch die unsere Haltung zu den Kriegskrediten bestimmt wird.

Eine able Methode.

Als kürzlich die „Tägliche Rundschau“ um mildernde Umstände für Liebincht bat, weil er ein kranker Mann sei, der sich nicht im vollen Besitz seiner Geisteskräfte befinde, konnte man über diese Methode, sich eines lästigen politischen Gegners zu entledigen, mit einem Achselzucken hinweggehen. Etwas anders liegen die Dinge aber, wenn Sozialdemokraten anfangen, diesem Beispiel zu folgen.

In einem offenbar von dem Genossen Quard kommenden Brief aus dem Reichstag in der „Frankfurter Volksstimme“ ist zu lesen:

„Auch durch die fünf oder sechs Zwischenrufe Liebinchts, die dieser schwerkranken Mann so geistlos machte, daß das Haus mehrfach in ungefaßte Heiterkeit ausbrach, wurde Lobmann zu keiner Aenderung seines einfachen und gewinnenden Tones veranlaßt.“

Und der sozialdemokratische „Volksfreund“ in Karlsruhe bemerkt dazu:

„Schwerkrank! Das ist in der Tat die einzige Erklärung, die man für das Verhalten dieses Mannes hat.“

Wir überlassen das Urteil über solche Ausfälle getrost unseren Lesern. Sie werden — daran zweifeln wir nicht — mit uns darin übereinstimmen, daß diese Art der Polemik sich weder durch parteigenössischen Anstand noch durch besonderen Mut auszeichnet.

Aus Groß-Berlin.

Dezember.

Wie der Oktober, so verabschiedete sich auch der November mit Frost und Schneefall. Aber auch dieser „Winterfeldzug“ schlug einseitig fehl. Der letzte Sonntag im November sah den Grünwald als Winterlandschaft. Der Schnee knirschte unter den Sohlen, die Jugend vergnügte sich mit ihren Schlitten und am Wirtshaus an der Saubucht flogen die hungrigen Tauben dem Wanderer auf die Hand, sobald ihnen Projamen dargeboten wurden. Bald darauf war die Landschaft wieder schneefrei, und am ersten Sonntag des Weihnachtmonats fuhr um die Mittagstunden ein warmer Sturm über die Lande, der alle Kennzeichen eines Föhnwindes besaß, wie er im Frühling auf der Nordseite der Alpen den Schnee wegfrißt. Er fand bei uns glücklicherweise keine Schneemassen mehr vor, und auch so brachten die Regengüsse, die nachts vorhergegangen waren, hier und da die Bienen unter Wasser. Wer während des Sturmes am Sonntag im Walde war, dem griff das gewaltige Brausen in den Wipfeln in die Seele. In den Wäldern hinter Spandau schwingen haushohe Birken wie Weidengerten pendelnd durcheinander. Nicht ganz so widerstandsfähig waren die Buchen. Eine Krachte vor uns über den Weg, eine andere hörten wir in geringer Entfernung niederbrechen, und später sahen wir, während uns abgerissene, dürre Äste um die Ohren flogen, noch manches ähnliche Bild der Zerstörung. In den Nachmittagsstunden legte sich der Sturm in kurzer Zeit fast plötzlich, und mit ihm schwand auch die Wärme des Föhnwindes. Es ist wieder kühler geworden; der Winter sammelt seine Kräfte zu einem neuen Durchbruchversuche, der ihm, auf kürzere oder längere Zeit, auch noch gelingen muß, ehe wir vom Frühling träumen dürfen. Wer aber, infolge einer glücklichen Naturanlage, ein unverbesserlicher Idealist ist, der wird schon jetzt sich Frühlingsbilder ausmalen. Den Anlaß dazu nimmt er aus der unbestreitbaren Tatsache, daß wir mit dem kommenden Feste auch die kürzesten Tage hinter uns haben werden, und die Sonne dann langsam aber stetig höher steigt, Tag für Tag ein Stückchen auf ihrem Wege zum Frühling, bis sie ihn aus Acker, Wald und Wiese hervorgezaubert haben wird.

Aber noch sind wir nicht so weit. Weihnachten steht vor der Tür, ein Fest, das diesmal leider vielen kein Fest der Freude sein wird, wenn der Ernährer oder der Sohn im Kreise der Familie fehlt. Der schwere Ernst der Zeit überschattet auch die Gemüter der Kinder, und wer es vermag, der tue das Seinige, sie aufzuheben, bis die Wolken vorüber sein werden. Ein Blick in erstarrte Kinderaugen — was gibt es Besseres? —

Das Weihnachtsfest des vorigen Jahres stand dem Kriegsbeginn zeitlich zu nahe, um eine Wirkung ausüben zu können. Vielleicht, wenn diesmal die Gloden klingen werden, vielleicht wird diesmal der Klang an die Herzen der Völker rühren, sie aus einem bösen Traum erwachen und nach dem Pfad suchen lassen, der zum Frieden führt? Es ist unser Weihnachtswunsch, für unser Volk und für Alle!

Neue Maßnahmen zur Verhütung unnötigen Alkoholgenußes beim Feldheere sind von zuständigen Stelle teils getroffen, teils beabsichtigt, wie aus einem Schreiben des Oberst Feldmarschalls Weisens aus dem Großen Hauptquartier vom 16. Oktober 1915 an den Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke hervorgeht:

1. Die Abgabe von alkoholischen Getränken an Heeresangehörige im Felde ist in der Weise geregelt, daß die Ausgabe starker alkoholischer Getränke verboten ist, ausgenommen in Fällen, wo sie ärztliche Zwecke für erforderlich erachtet wird. Bemerkenswert ist hierbei ausdrücklich, daß die Heeresverwaltung nicht auf dem Standpunkt steht, daß stärkere alkoholische Getränke einen Schutz gegen ansteckende Krankheiten gewähren.

Gelattet sind leichter unterfälliger Landwein und Bier.

2. Als Liebesgaben werden zwar von den Liebesgabenannahmestellen ebenfalls stärkere alkoholische Getränke gelammelt. Die Annahmestellen dürfen jedoch bestimmungsgemäß den Feldtruppen nur leichteren Wein und Bier zuführen; ihnen abgelieferte stärkere alkoholische Getränke müssen von ihnen den Lazaretten überwiesen werden und können hier an Stelle von Medikamenten Verwendung finden.

3. Vor dem Versand alkoholischer Getränke in Feldpostpaketen an die Truppen im Felde ist schon im Juni d. J. durch das Ministerium des Innern öffentlich gewarnt. Es wird beabsichtigt, diese Warnung weiter fortlaufend veröffentlicht zu lassen, um ihre Wirksamkeit noch zu erhöhen.

4. Den Truppen werden sehr große Mengen Mineralwasser zugeführt, teils als Liebesgaben, größtenteils aber aus hinter der Front eingerichteten in Betrieb der Etappen befindlichen Mineralwasserfabriken. So stellt Etappe 6 täglich allein über 100 000 Flaschen Wasser her.

5. Alkoholische Getränke und Fruchtäfte werden den Truppen als Liebesgaben, letztere auch im Verpflegungstag in reichem Maße verabfolgt.

6. Die Verwendung von Firmen-Klame-Postkarten in Lazaretten, insbesondere von solchen von Branntwein- und Likörfabriken, wird vom Feldsanitätschef streng gemißbilligt. Schritte, diese Mißstände abzustellen, sind eingeleitet.

Die Post zu Weihnachten und Neujahr.

Zum bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrverkehr läßt die Post das Publikum darauf hinweisen, daß es im eigenen Interesse des Absenders liegt, die Postsendungen möglichst genau zu adressieren. Auf Briefsendungen nach Berlin muß außer der Wohnung des Empfängers auch der Postbezirk und die Nummer der Bestellpostanstalt angegeben werden. Bei dem lebhaften Verkehr, besonders zu Festzeiten, können Sendungen ohne Angabe des Postbezirks und der Bestellpostanstalt nicht so rechtzeitig zur Bestellung gelangen wie Sendungen mit vollständiger Aufschrift. Im weiteren empfiehlt es sich für den Fall der Unbestellbarkeit, daß der Absender seinen Namen und seine Wohnung auf der Sendung vermerkt. In die Pakete wird zweckmäßig eine Adresse gelegt, die mit der äußeren Aufschrift übereinstimmt. Im Falle des Verlustes der äußeren Aufschrift und der Postzeichen kann der Empfänger aus der Adresse im Innern ersehen werden.

Formulare für die Milchstatistik.

Die für die Milch- und Ausfuhr und die Milchherzeugungstatistik von der Preisprüfstelle Groß-Berlin vorgeschriebenen Formulare sind innerhalb des Stadtbezirks Berlin an folgenden Stellen zu erhalten: Dem Verein Berliner Milchpächter, An der Stralauer Brücke 8; Herrn Tornow, Vohsenstr. 10; Herrn Ueber, Temmliner Str. 28; Herrn Kloppe, Heidenfeldstr. 5; Herrn Stahl, Tempelberrnstr. 18; Herrn Blahn, Vandelstr. 8; Herrn Köhler, Dennewitzstr. 16; Herrn Sydow, Al. Andreasstr. 2; Herrn Darnemann, Ullricher Str. 2; der Preisprüfstelle Groß-Berlin, Poststraße 16, Zimmer 42.

Auffuchen Vermißter.

Amlich wird gemeldet: Gegenüber den in letzter Zeit aus dem Boden stehenden Privatunternehmen, die sich mit dem Auffuchen Vermißter beschäftigen, muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß alle diese Unternehmen ihren Auftraggebern das Geld aus der Tasche ziehen, ohne in den meisten Fällen auch nur zu einem kleinen Erfolge zu gelangen. Wer Auskunft über Vermißte haben will, wende sich vertrauensvoll an die amtlichen Auskunftsstellen, das Zentral-Nachweissbureau des Kriegsministeriums, Dorotheenstr. 48, oder an das rote Kreuz in Berlin, Abteilung für Gefangenenfürsorge, die jedem unentgeltlich zur Verfügung stehen. Die Inanspruchnahme der hier erscheinenden „Deutschen Suchliste“ zur Ermittlung Vermißter bereitet gleichfalls nur nutzlose Ausgaben.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek der Schule ist in der nächsten Zeit nicht, wie gestern irrtümlich gemeldet wurde, Sonntags, sondern Donnerstags von 8—9 Uhr geöffnet.

Sonnabend, den 18. Dezember, findet der letzte Vortragsabend vom Kurus über Polen statt.

Das Opfer eines Brandunglücks ist wieder ein Kind geworden. Die Frau des Bauarbeiters und Verwalters Bedeleit aus der Edinburger Straße 24 mußte vor einigen Tagen auf kurze Zeit ausgehen, um beim Kaufmann Petroleum zu holen. Hierbei ließ sie, weil sie gerade beim Plätten war, das Eisen auf der Gasflamme stehen. Als sie nun weggegangen war, stieg ihr zwei Jahre altes Töchterchen Erika auf den Kohlenkasten und lam der Flamme so nahe, daß die Kleider in Brand gerieten. Bei der Rückkehr der Mutter war die Kleine an der linken Schulter und Hüfte schon schwer verbrannt. Seltener erlag sie im Paul-Gerhards-Stift, wohin die Mutter sie gleich gebracht hatte, den Wunden.

Wegen einer Explosion wurde die Berliner Feuerwehr nach der Großen Frankfurter Str. 59 gerufen. Dort war in einem Zwickelbetrieb beim Kochen von Schellack ein Kessel explodiert, eine Wand eingestürzt und ein Mann durch Stucklammen so schwer verletzt, daß er von einem Arzt verbunden werden mußte. Der entstandene Brand konnte von der Feuerwehr auf seinen Herz beschränkt werden.

Aus den Gemeinden.

Aus der Gemeindevertretung Niederschönhausen.

In der letzten Gemeindevertretung wurde zunächst berichtet, daß das vom Genossen Hellrich eingeleitete Verwaltungsstreitverfahren bezüglich der Forderungsummen bei den Gemeindevahlen zu untern Gunsten entschieden worden ist. In der Streitfrage handelte es sich um die Streichung der außerhalb des Gemeindebezirks wohnenden Personen, deren die Grundlage der Stimmberechtigung bildendes unbekanntes Grundstück nicht mindestens fünf Morgen groß ist, da bei ihnen die Voraussetzung des § 45 Landgemeindeordnung nicht zutrifft. Nach dem Urteil des Kreisaußschusses sind in Niederschönhausen zur Erfüllung der vorstehend wiedergegebenen Erordernisse der Landgemeindeordnung sogar sechs Morgen erforderlich. Danach sind nun 245 Forderungswähler aus der Wählerliste des Jahres 1914 zu streichen. Die Gemeindevertretung erklärt sich mit diesem Urteil einverstanden. Für event. Neuwahlen 1916 wird beschlossen, falls eine Einigung zwischen den Parteien zustande kommt, von der Neuaufstellung einer Wählerliste Abstand zu nehmen. Sollte das nicht eintreten, dann sollen die im Felde befindlichen Personen nach ihren vor dem Kriege bestehenden Verhältnissen in die Wählerliste aufgenommen werden.

Es wird ferner bekanntgegeben, daß die im Felde gefallenen, sowie vermundeten und in Lazaretten verstorbenen Gemeindeangehörigen einen Ehrenfriedhof zu errichten. Die Kosten für Instandhaltung der Grabstellen übernimmt die Gemeinde.

Ankauf von gefrorenem Schweinefleisch in Weissensee.

Die Finanzkommission hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, 5000 Kilogramm gefrorenes Schweinefleisch von der Einkaufsgesellschaft anzukaufen und dasselbe womöglich noch vor Weihnachten an die Bevölkerung zu den festgesetzten Höchstpreisen abzugeben. Ebenso werden in der nächsten Zeit Blut- und Lebertrost in Dosen das Pfund zu 1,40 M. in den Verkaufsstellen, Gählerstr. 8 und

Langhandstr. 103, verkauft. Man beachte die amtlichen Bekanntmachungen. Verachtungsarten werden im Steuerbureau, Albrechtenstr. 6, in der Zeit von 8—10 Uhr vormittags an diejenigen Personen abgegeben, welche ein Einkommen bis 2500 M. verdienen. Lebhaft wurde darüber klage geführt, daß die Verteilung der angelaufenen Waren von der Zentralstelle, in diesem Falle das Landratsamt, so ungleich vorgenommen wird; während einzelne Gemeinden zum Beispiel ausländische Futter schon längst verkauft, haben andere Gemeinden noch keine Nachricht, daß solche zur Abgabe gelangt. Im Interesse der Bevölkerung sollten Bevorzugungen unterbleiben.

Charlottenburger Eierverkauf.

Die Zahl der von der Stadt Charlottenburg mit der Abgabe der durch ihre Vermittlung bezogenen Eier betrauten Verkaufsstellen ist von zwölf auf neunzehn vermehrt worden. Die Verkaufsstellen sind durch rote Plakate kenntlich gemacht. Auf Grund einer Hausbesuche können immer nur höchstens fünf Eier auf einmal gekauft werden. Der Preis ist aus den roten Plakaten zu ersehen.

Abhebung der Familienunterstützung in Köpenick.

Der Magistrat macht bekannt, daß heute vormittag von 9—12 Uhr die Familienunterstützung für die Zeit vom 16. bis 31. Dezember in den einzelnen Zahlstellen erfolgen mag. Eine spätere Auszahlung kann diesmal nicht erfolgen. Diejenigen Kriegerverfahren, die durch Arbeit behindert sind, die Unterstützung am Vormittag abzugeben, haben Gelegenheit, dieselbe nachmittags von 3—6 Uhr im Rathaus, Zimmer 11, in Empfang zu nehmen. Die vom 1. November ab erhöhte Unterstützung gelangt jetzt mit zur Auszahlung.

Soziales.

Die Kriegerfamilienunterstützung in Mecklenburg.

Der sozialdemokratische Bezirksvorstand hat sich genötigt gesehen, in einer Eingabe an den Reichskanzler diesen um ein Einschreiten anzufragen.

Bekanntlich hat der Reichskanzler nach Vereinbarung mit den Bundesregierungen angeordnet, daß den Lieferungsverbänden eine wohlwollende Prüfung der Bedürftigkeit zur Pflicht gemacht wird und daß jede Engbergigkeit zu vermeiden ist. Die Verpflichtung der Lieferungsverbände erschöpfe sich nicht in der Gewährung des Mindestpreises, der nur die untere Grenze darstelle.

Für Mecklenburg besteht diese Anordnung aber nur auf dem Papier. Bis Ende September haben in den zwölf Bezirken, in die Mecklenburg hierfür eingeteilt ist, die über die Mindestpreise hinausgezählten Unterstützungen zusammen (also in 18 Monaten) 92 000 M. betragen, das sind gerade 1,2 Prozent der Mindestpreise. Im September sind infolge der Bemühungen einiger Stadtverwaltungen, namentlich der von Rostock, die Unterstützungsbeiträge ein klein wenig erhöht worden, aber sie sind noch immer völlig unzureichend. Es sind in allen zwölf Bezirken im September über die Mindestpreise hinaus 132 000 M. — 14,7 Proz. der Mindestpreise gezahlt worden. Städte wie Güstrow und Parchim bewilligten nur 0,1 resp. 0,04 Proz. über die Mindestpreise hinaus. In Mecklenburg-Strelitz ist bis April d. J. überhaupt kein Pfennig über die Mindestpreise hinaus gegeben worden. — So werden in Mecklenburg die Frauen der Männer abgefunden, die draußen auf den Schlachtfeldern ständlich ihr Leben einsegen!

Sehr bemerkenswert ist noch, daß die mecklenburgische Regierung in einer Denkschrift an den Ständetag (Landtag) hinweist auf das Bestreben, die Lebensmittel zu schonen! Die Regierung versichert dem Ständetag dann noch weiter ausdrücklich, es seien die Kommissionen keinesfalls in den Fehler verfallen, der nach den sehr weitgehenden Anweisungen des Reichskanzlers zweifellos leicht begangen werden könne, in den Bewilligungen der Unterstützungen über das gebotene Maß hinwegzugehen. In bezug auf die seit September d. J. entstandene Notwendigkeit, die Unterstützungen zu erhöhen, heißt es: „Nur mit innerem Widerstreben haben die Kommissionen sich diesem Gebote gefügt.“ Man beachte: Der Reichskanzler verbietet die Engbergigkeit. Die Kommissionen in Mecklenburg aber fügen sich nur mit innerem Widerstreben!

Der Reichskanzler hat wirklich alle Ursache, einmal kräftig dazwischen zu fahren.

Leichtfertig aufgeführte Bauaufstellung.

Die Firma Poswau u. Knauer hatte in Meseritz bei Stolp in Pommern Bauten auszuführen, wobei Berliner Arbeiter beschäftigt wurden. Die Aufstellungen müssen dort sehr leichtfertig hergestellt worden sein, denn eines Tages brach ein Gerüst zusammen. Vierzehn Arbeiter wurden dadurch verletzt. Gegen den Vausführer, den Posler und einige am Aufstellungsbau beteiligte gewesene Maurer schwebt ein von der Staatsanwaltschaft in Stolp eingeleitetes Strafverfahren, weil die Genannten durch große Fahrlässigkeit den Unfall verschuldet haben sollen. — Nachdem sich der Unfall ereignet hatte, erlitten einem armen Teufel der Arbeiter das Weiterarbeiten auf den Gerüsten so lebensgefährlich, daß sie es vorzogen, aufzuhören und nach Berlin zurückzuziehen. Da ihnen die Firma die Entlohnung des Reisegeldes und der verlorenen Zeit verweigerte, klagten einige der betroffenen Maurer beim Berliner Gewerbegericht. Hier erhob die Firma den Einwand der örtlichen Unzuständigkeit. Sie behauptete, ihre Bauleitung in Meseritz sei ein selbständiges Unternehmen und müsse beim dortigen Gericht verklagt werden. Ferner wollte sich die Firma mit der Behauptung aus der Affäre ziehen, daß nicht sie, sondern der Kolonnenführer in Meseritz, mit dem sie einen Auftragsvertrag abgeschlossen hatte, der Arbeitgeber der Arbeiter sei. — Nach dem Verlauf der Verhandlung konnte angenommen werden, daß die Kammer 8 des Gewerbegerichts diese Einwendungen der Firma nicht für zutreffend halten werde. Deshalb, und weil aus demselben Anlaß noch eine Reihe von Klagen zu erwarten sind, hielt es der Vertreter der Firma für geraten, sich mit den Klägern zu vergleichen, nachdem sie ihre Forderungen etwas ermäßigt hatten.

Lohnforderung eines polnischen Arbeiters.

Von den polnischen Arbeitern, die aus dem von deutschen Truppen besetzten Gebiet an der Ostfront an Berliner Unternehmer vermittelt worden sind, trat wieder einer als Kläger vor dem Gewerbegericht auf. Er ist Schlosser von Beruf und hat bei der Untergrundbaugesellschaft an einer elektrischen Bohrmaschine gearbeitet.

Nach dem vom Kläger unterzeichneten Arbeitsbedingungen sollte er, wenn er mit Erdarbeiten beschäftigt würde 46 Pf., wenn er als Schlosser arbeitete aber 65 Pf. Stundenlohn bekommen und für sonstige Arbeiten sollten die in Berlin üblichen Löhne bezahlt werden. Der Kläger hat für die Arbeit an der Bohrmaschine nur 46 Pf. Stundenlohn erhalten. Dagegen hat er seiner Angabe nach bei der ersten Lohnzahlung protestiert und 65 Pf. verlangt. Nun beantragt er für die ganze Zeit seiner Beschäftigung Nachzahlung der Differenz im Betrage von 182 M. — Die beklagte Firma machte geltend, die Arbeit an der Bohrmaschine könne nicht als Schlosserarbeit bezahlt werden. Das sei die Tätigkeit eines Hilfsarbeiters, der in Berlin 40 bis 50 Pf. Stundenlohn erhalte. Der dem Kläger gezahlte Lohn

sei also durchaus angemessen. — Vom Richterische, sowohl von Arbeiter- wie von Arbeitgeberseite bedeutete man dem Vertreter der Beklagten, daß er jetzt wohl schwerlich einen Arbeiter an der Bohrmaschine für 46 Pf. bekommen werde und deshalb gut tun würde, wenn er einen angemessenen Vergleich einging. Davon wollte aber der Vertreter nichts wissen. — Die Verhandlung wurde schließlich vertagt, weil das Gericht durch Sachverständige die Höhe des Lohnes für Bohrmaschinenarbeiter am Bau der Untergrundbahn feststellen will.

Berichtszeitung.

Eine teuere Hummermayonnaise.

Wie teuer einem Gastwirt verdorbene Ware zu stehen kommen kann, zeigt ein jetzt rechtskräftig entschiedener Prozeß eines Wüthnangehörigen gegen die Firma Wöhlinger.

Der Kläger bestellte im Jahre 1912 in der Filiale Wöhlinger am Köpenicker Brückweg eine Hummermayonnaise. Er verzehrte nur etwas davon, weil die Speise ihm verdorben schmeckte. Am nächsten Tage zeigte sich die typischen Erscheinungen einer Hummervergiftung. Der Erkrankte mußte längere Zeit ein Sanatorium aufsuchen. Er klagte dabei gegen Wöhlinger auf Schadenersatz und zwar zunächst auf 8000 M. Erwerbschädigung für das erste Jahr. Das Landgericht wies die Klage ab, weil kein Verdacht der Firma vorliege, da das Hummergift bei der Zubereitung der Mayonnaise nicht erkennbar sei. Auf Grund ausgedehnter Beweisaufnahme kam das Kammergericht zu einer Verurteilung der Firma. Es nahm auf Grund der abgegebenen Gutachten an, das Hummergift sei bei der Zubereitung verdorben gewesen, der verdorbene Zustand habe bei der Zubereitung der Speise bei hinreichender Sorgfalt erkannt werden müssen, auch sei der Genuß der Mayonnaise die Ursache der Erkrankung des Klägers und seiner infolge dessen eingetretenen Erwerbschädigung. Die Firma Wöhlinger legte Revision ein, sog diese aber dann zurück, so daß das Kammergerichtsurteil rechtskräftig geworden ist.

Der Kläger beabsichtigt durch die Anwälte der Genossenschaft deutscher Wüthnangehöriger noch weitere Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

90 Proz. Wasser in der Milch.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg hatten sich der Molkereibesitzer Hermann May und dessen Ehefrau wegen Nahrungsmittelfälschung zu verantworten. Sie wurden beschuldigt, vier Monate hindurch die in ihren Säulen gewonnene Milch fast täglich mit Wasser verdünnt zu haben, und zwar hätte, wie der Sachverständige aus den polizeilichen Protokollen verlas, die Untersuchung ergeben, daß der Milch in den meisten Fällen 40, 45 und 50 Proz. Wasser, in einem Falle sogar 90 Proz. Wasser zugefügt worden seien. Erklärend wirkte die Tatsache, daß der Angeklagte und seine Frau gewußt hätten, daß ein Teil der Milch für die städtische Kindersorge bestimmt war. Nur mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende Milchknappheit in Berlin sei man von dem Plane, den Betrieb polizeilich zu schließen, abgelenkt. Beide Angeklagten bestritten ihre Schuld. Das Gericht nahm diese jedoch als feststehend an und erkannte gegen May auf 1000 M., gegen seine Ehefrau auf 100 M. Geldstrafe.

Aus aller Welt.

Verwegene Vergung eines gefallenen Kameraden.

Beim Abschlagen eines französischen Angriffes fielen wenige Meter vor dem feindlichen Schützengraben von den vorgeschrittenen Jägern zwei Leute, die trotz aller Bemühungen nicht geborgen werden konnten. Dem Reservisten Arthur Bed aus Leipzig-Vindenu ließ es keine Ruhe, die Leiche des einen Jägers, die vom Graben aus deutlich sichtbar war, unbedeutend zu lassen. Nachdem er eines Abends die Möglichkeiten des Geländes erkundet hatte, machte er sich am nächsten Abend mit dem Reservisten Paul Schneider aus Dresden daran, das gefährliche Unternehmen zu wagen. Keine Waffe nahmen sie mit, nur eine Zeltbahn und ein längeres Stück Telephonkabel. Die letzten paar hundert Meter mußten sie sich auf dem Wauche frischend an ihr Ziel heranarbeiten, denn dicht neben der Leiche befand sich ein französischer Dorschposten. Das allergefährlichste letzte Stück übernahm Bed allein, befestigte den Draht an den Weinen des Gefallenen und trat vorsichtig zu seinem Kameraden rückwärts. Dann begannen beide kriechend den Toten am Draht hinter sich herzuführen. Von Zeit zu Zeit mußten sie etwas verschlafen und lauschten angestrengt in die Finsternis, um zu hören, ob verdächtige Geräusche beim Feinde etwa andeuteten, daß sie bemerkt worden seien. So verging eine halbe Stunde voll Spannung und Aufregung. Dann erst durften sie es wagen, den toten Jäger auf ihre Zeltbahn zu betten und aufrecht gehend zurückzutragen. Sie brachten ihn glücklich herein, und er erhielt ein würdiges Begräbnis.

Leider konnten sich die wackeren Männer ihrer guten Tat nicht mehr lange erfreuen, denn bald darauf fanden auch sie in einem Nahkampfe den Tod.

Burmester's Erlaubnißschein.

Bei seinem am 11. d. M. in Mainz veranstalteten Konzert war, wie man der „National-Zeitung“ mitteilt, dem bekannten Geiger Billy Burmester folgender hier wörtlich wiedergegebener Erlaubnißschein der Polizeibehörde zugeföhrt:

Erlaubnißschein
zu öffentlichen Vorstellungen und Belustigungen.

Der Herr Billy Burmester dahier darf am 11. Dezember 1915 in dem „Frankfurter Hof“ von 8 bis 11 Uhr Violinkonzert ohne Trommel und Pauke abhalten. Die vorgeschriebene Stempelgebühr ist erhoben und verwendet worden. Dieser Schein ist vor Beginn der Veranstaltung auf dem Polizeibezirk vorzulegen. Es darf nur ein dem Ernst der Zeit entsprechendes Musikprogramm ausgeführt werden. Das Polizei-Amt.

Mainz, 26. November 1915. (Name unleserlich).

Wie können uns vorstellen, bemerkt dazu die „N.-Z.“, wie schwer es Burmester gefallen sein muß, bei seinem Mainzer Konzert auf Trommel und Pauke zu verzichten.

Eisenbahnunfall. Auf der Nebenbahn Orzesche-Gleiwitz verunglückte Dienstag nachmittag ein Güterzug infolge Jugtreuung. Ein Hilfskassener wurde getötet, ein anderer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Entdeckung einer unterirdischen Räuberhöhle. Bei Grebenmacher, nahe der deutsch-luxemburgischen Grenze, entdeckte man, wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, eine festungsbartig ausgebaut, große unterirdische Räuber- und Diebeshöhle, wo viele in der letzten Zeit gestohlene Gegenstände gefunden wurden. Die ausgedehnte Untersuchung, die bereits im Gange ist, dürfte nach Ansicht des „B. Z.“ interessante Entdeckungen bringen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 405 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
Gouvernement Thorn.
Infanterie usw.: Garde 2. und 3. Garde-Reg. 2. P. 1. Garde-Reg.-Reg. Garde-Fuß-Reg. Lehr-Inf.-Reg. Gren.-Bzm. Inf.-Bzm. Fuß-Regimenter Nr. 1, 3, 8, 9, 12, 16, 19, 21, 22, 31, 33, 34, 39, 41, 43, 57, 60, 68 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 25), 69, 70, 72,

75, 77, 82 (f. auch Feldfliegertruppe), 84, 85, 87, 91 bis einschl. 96 (letzteres f. Inf.-Reg. Nr. 82), 97, 99, 109, 111 bis einschl. 115, 118, 128, 131, 136, 138, 144 bis einschl. 155, 157, 158 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 159 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 161, 163, 165, 166, 168, 172 bis einschl. 175, 333, 354, 357, 361, 368, 372, 374, 375, 377, 380. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 7, 9, 18, 25, 30, 35, 59, 67, 69, 74, 75, 88, 92, 99, 111, 118, 130, 200, 218, 217, 219, 230, 236, 257, 259, 264, 265, 266. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 4, 7, 9, 12, 21, 26, 34, 35, 51 (f. auch Brig.-Erf.-Bat. Nr. 23), 68, 72, 75, 93, 109, 350. Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 20 und 109. Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 2 des 4. Armeekorps. Brig.-Erf.-Bat. Nr. 15 (f. Inf.-Reg. Nr. 361) und Nr. 23. Landst.-Inf.-Bataillone: 1. Erfurt, Gießen, Ronjoie, 9. Münster, 2. Rendsburg, 1. Schrimm. Landst.-Inf.-Erf.-Bataillone: Goltbus, 1. Darmstadt, 8. Freiburg i. Schles., Schwedt a. O., 14. des 4. Armeekorps (Torgau). Landst.-Inf.-Ausbildungs-Bat. Greifeld. Erf.-Depot des 40. Reservekorps. Jäger-Bataillone Nr. 5, 6, 10; Ref.-Bataillone Nr. 8, 10 und 18. 1. Erf.-Maschinengew.-Komp. des Gardekorps. Maschinengew.-Abt. Nr. 2; Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 203, 221, 224, 228, 230, 240, 241, 245, 246, 250; 5. Erf.-Maschinengew.-Komp. des 1., 1. des 2., 3. des 9., 2. des 14., 2. des 15., des 18. Armeekorps, 1. des 41. Reservekorps und 5. Pillau; Festungs-Maschinengew.-Abt. B Neubreifach; Ref.-Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 2; Erf.-Festungs-Maschinengew.-Abt. Driedenhofen; Festungs-Maschinengew.-Komp. Nr. 2. Kavallerie: Kürassiere Nr. 7 (f. Feldfliegertruppe); Dragoner Nr. 2, 4, 5, 9, 14, 19, 22; Husaren Nr. 3, 4, 8, 13, 15; Ulanen Nr. 2 und 9; Kav.-Reg. Nr. 89. Feldartillerie: 2. Garde-Reg. Reg. Nr. 16; Ref.-Reg. Nr. 20. Pioniere: Regimenter Nr. 18, 20, 31, 33; Bataillone: 1. und II. Nr. 1, II. Nr. 2, I. und II. Nr. 4, I. und II. Nr. 5, I. Nr. 6, II. Nr. 9, I. und II. Nr. 11, I. Nr. 28; Ref.-Bataillone Nr. 92 und 99. Erf.-Bat. des Pionier-Bat. Nr. 15. Pionier-Kompagnien Nr. 100, 104, 112, 185, 221, 225, 233, 247; Ref.-Kompagnien Nr. 70 (f. Ref.-Pionier-Bat. Nr. 39), 87 und 88; 2. Landw.-Komp. des 3. Armeekorps. Feldluftschiffer- und Feldfliegertruppe. Ref.-Train-Abteilung Nr. 76. Straßenbau-Kompagnie Nr. 17. Kriegsschule in Engers (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 25).

Der Schluß der jächischen Verlustliste Nr. 236 wird bekanntgegeben, deren Inhalt wir bereits gestern mitteilten.

Die jächische Verlustliste Nr. 237 meldet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 134, 177, 181, 183, 345; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 103, 104, 106, 107, 242; Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40; Landst.-Inf.-Reg. Nr. 19; Feldbatterei-Kolonnen Nr. 2, 19. Armeekorps; Schwere Provinzial-Kolonnen Nr. 5, 19. Armeekorps; Fuhrpark-Kolonnen Nr. 1 und 2, 123. Inf.-Div.; Magazin-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 12 und 19; Train-Erf.-Bat. Nr. 12.

Die württembergische Verlustliste Nr. 320 veröfentlicht Verluste des Brig.-Erf.-Bat. Nr. 53; Füß-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 124; Landst.-Inf.-Bat. II Ludwigsburg. 2. Feldpionier-Komp.; Minenwerfer-Komp. Nr. 27; Leichte Provinzial-Kolonnen Nr. 2; Verluste durch Krankheiten; Verichtigung früherer Verlustlisten.

Kinderveranstaltungen.

Schöneberg. Montag, den 20., und Dienstag, den 21. Dezember, nachmittags 5 Uhr, finden in den Neuen Rathauskellern, Martin-Luther-Str. 69, Märchenmärchenbilder vorgetragen. Eintrittsfrei sind bei den Bezirksführern und dem Genossen Baumler („Vorwärts“-Expedition) unentgeltlich zu haben.

Reinickendorf. Ost. Sonnabend, den 18. Dezember, abends 8 Uhr und Sonntag, den 19. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuß je eine Theateraufführung. Zur Ausführung gelangt „Der Kattenfänger von Hameln“. Einlasskarten für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf. sind bei den Bezirksführern, in der „Vorwärts“-Expedition, sowie in der 48. und 66. Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft erhältlich.

Bekanntmachung.

Die nächste **Ausdruckübung** der **Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim**

findet am **Mittwoch, d. 22. Dezember 1915, vormittags 11 Uhr,** im Kreisbau zu Berlin, Friedrich-Karl-Str. 5 — Kreislagungs-Saal — statt.

- Tagesordnung:**
1. Festsetzung des Voranlages für 1916.
 2. Aenderung der §§ 19, 45, 20, 31, 49 und 111 der Statutenfassung.
 3. Einsetzung eines Ausschusses zur Schaffung eines Genußgenossenschafts.
 4. Errichtung einer Werkstätte in Mühlentrieb, Friedrichshagen und Klosterfelde.
 5. Wahl von 2 Vertretern für die Verhandlungen bei Erneuerung, Veräufnerung oder Belastung von Grundstücken.
 6. Wahl des Rechnungsausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung.
- Anträge von Mitglidern zur Ausübung sind spätestens 5 Tage vor dem Sitzungstage bei dem Unterzeichneten einzureichen. 27/114 Berlin, den 13. Dezember 1915. Kühn, Vorsitzender.

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefevre
Berlin S, Oranienstr. 158
Wunderbare Neuheiten,
Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbetdecken etc. in allen Stützen.

Abgepaßte Dekorationen mit Querbehäng. Letzte Neuheiten
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.

Liebesgaben zum Weihnachtsfeste



Pelzwesten, Lederwesten, wasserdichte Westen, Strickwest., Wolljack., Schals, wasserd. Unterhos., Normalhemd., Normalhos., Strümpfe, Leib-, Linie- u. Pulswärm., Kopf-, Brust-, Lungenschütz., Handsch., Gamasch., Schalsäck., Fusseschlüpf., Hosenträg. usw. zu besonders billigen Preisen

Stoffmantel feldgrau, imprägniert 27 M. | **Schlafsack** feldgrau, warmgefüt. 86 M.

Gummi-Mäntel + Feldgrüne Oeltuch-Mäntel
Feldgrüne Regen- u. Pelerinen + Pelze

BAER SOHN

Chausseestr. 29-30 BERLIN 11 Brückenstrasse 11
Go Frankfurterstr. 20 Geop 1871 Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntag 8-10 und 12-8 geöffnet!

Hunks = Fuchse =
Freigende Neuheiten in **Stunfs, Capes, Stunfs, Muffen in Kürbis- und Spinnform, Stunfs- und Spinnmuffen für Kleiderbeleg sowie erklaffige Kanalerpeige**
direkt in der Werkstatt ohne jeden Zwischenhandel.
Beer, Köllnischer Fischmarkt 2, II. Etage, zwischen Breite Str. u. Eibdt. Sparf.

Nervöse
Störungen u. Unregelmäßigkeiten, Schlaflosigkeit, nervöse Beschwerden, Reizel's „Baldramin“ (reiner Pflanzenauszug), ein unausgesprochen beruhigendes, heilsam wirkendes Spezifum, d. natürl. Medis. i. d. Herden 31. 23. Mo. i. Apoth. u. Drogh. erhältlich. Preis 2.50. Ohne Reich, Berlin 43, Gr. Behrenstr. 4.

Eingegangene Druckchriften.
Der Kampf. Sozialdemokratische Monatschrift Österreichs. 8. Jahrg. Heft 11/12. 1. H. Verlag: G. Gammeling, Wien, Rechte Wienzeile 97.
Internationale Rundschau. 1. Jahrg. 9. Heft. 50 Pf. Art. Institut Drexel, Zürich.
Epizweg. der Arbeiterbewegung. Von J. Ullrich. 4. H. — Reime und Bilder. Von G. Epizweg. 30 Pf. Delphin-Verlag, München.

Briefkasten der Redaktion.
Die juristische Erbschaftsliste findet für Abonnenten Abdruck. 3. IV. Hof rechts, darunter am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Wunsch und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antworten sind nicht erteilt. Anträgen, denen keine Abonnementsnummer beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Erbschaftsliste vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Erbschaftsliste mit.

Woh. 1. Da Sie nicht als kaufmännischer Angestellter gelten, so haben Sie keinen Anspruch auf Lohn für die Krankheitszeit. 2. Nein. 3. Nach dem Porensiegelgenieße ist eine Klage erfolglos. 4. Die zum letzten Arbeitstag. — **J. C. 1000.** 1. Wenn keine Kinder vorhanden sind, erben die Ehegatten das Vermögen und die Nachlassenschaft im Voraus. 2. Erben Sie Antrag auf Einmündung bei dem Bezirksverwaltungsamt Berlin, Klosterstr. 65/67. 3. Sie erhalten die Unterhaltung weiter, bis die Rente (Schleier) ist; Antrag auf Rentensicherung ist beim zuständigen Polizeirevier zu stellen. — **J. Z. 35.** 1. und 2. Ja. 3. Ja, es sei denn, daß der Betreffende durch Auszahlung der Erbschaft sich für abgefunden erklärt. 4. Ja. — **C. R. 23.** Geringe Abweichung der Verhältnisse und Herabsetzung; dienlich. — **G. R. 87.** Die Kosten betragen circa 20 M. — **P. B. 24.** 1. Ein Recht darauf besteht nicht. 2. Nach einer Verfügung kann den Pächtern, die seit langer Zeit im Besitze sind, Urlaub erteilt werden, soweit es die militärischen Verhältnisse erlauben. — **H. G. 59.** Wenn das Testament der geerbten vorgeschriebenen Form entspricht, bedarf es keines Stempels. Anwendung zu einem Testament erhalten Sie bei uns in der Erbschaftsliste. — **G. T. 1500.** Sie können nur eine Rente begehren, und zwar die höhere; wünschenswert ist die Anwartschaft über die Rente. Lassen Sie eventl. die Sache durch das Bezirksverwaltungsamt in Berlin, Klosterstr. 65/67, nachprüfen. — **S. Z. 15.** Sie müssen die Unterhaltungsbeiträge weiter zahlen; die Einreichung der Klage beim Kammergericht ist darauf ohne Einfluß. — **H. J. M.** Das erste Zeichen bedeutet: Geringe Erweiterung der Blutbahn an den Beinen; das zweite: Kronische Herzschwäche, Schwindel, Schämung der Gliedmaßen. Sie sind zum Wandern ohne Stöcke angelegt und können als Wechsellager im Waldgebiete verwendet werden. — **100. A. J. 3.** Erhalten. — **Er. 8.** Da die Ihre Dienstverpflichtung nicht durch den Krieg erlitten haben, steht Ihnen die Kriegsgehalt von monatlich 15 M. nicht zu. — **R. W. 2.** 1. und 2. Nein. — **J. G. 10.** Die Berlin wird jedenfalls im Auftrag und in Vollmacht ihres Mannes handeln. — **H. R. 999.** Sie müssen zunächst einen Bescheid von der Landesversicherungsanstalt haben; machen Sie um baldige Erteilung des Bescheides. — **P. W. 21.** Sie können gegen die Anordnung des Wertes nichts unternehmen und dürfen auch von der Rente nichts in Abzug belegen. — **H. 30.** Diese Vernehmung bezieht sich nicht auf körperliche Fehler; sie könnte die Nummer der Vorklebung sein. — **P. T. 3.** Es könnte in diesem Falle mit einer Restamission verfahren werden, die an den Vollziehenden der Ersatzkommission zu richten ist. — **W. Z. 7654.** 1. und 2. Ja. 4. Nein. — **H. v. W. 27.** Sie sind einwilligen wegen der überprüften Fehler zurückgestellt und können nochmals gemeldet werden. — **H. J. 19.** Fragen Sie beim Bezirksverwaltungsamt an. — **S. 10.** Krampfadern; lumbalmpflichtig. — **G. Z. 86.** Nein. — **Fran Fischer.** 1. Ja. 2. Das Urteil besagt, daß die der Anstaltsbesitz nicht mehr bedürftig sind. — **H. R. 16.** Ja. — **Markgrafstr. 71.** Der Wertausfall kann in Abzug gebracht werden. — **H. R. 38.** Da die Operation anscheinend eine sehr schwere ist, kann Ihr Mann sich weigern, diese vornehmen zu lassen. — **H. C. 73.** Durch ein selbstgeschriebenes Testament; Anweisung zu einem solchen erhalten Sie in unserer juristischen Erbschaftsliste. — **G. R. 24.** Nein. — **H. W. 1.** Die Mutter soll auf jeden Fall Antrag auf Unterstüfung auf der Steuerkasse stellen. — **M. R. 3.** Das können wir nicht mit Sicherheit sagen, das kommt auf Ihre Einkommensverhältnisse an.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag. Am wöchlichen Küstengebiet ziemlich mild, größtentils bewölkt, leichte Regenfälle und in den anderen Gegenden zunächst ziemlich heiter, gelinder Frost, später östwärts fortwährende langsame Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge.

A. WERTHEIM

Sonderpreise

Donnerstag bis Sonnabend

Porzellan

Kaffeegeschirr f. 2 Pers., bemalt 1.75
 Kaffeegeschirr für 6 Personen,
 fein bemalt . . . 3.40, 3.60, 4.00
 Kaffeegeschirr für 12 Personen,
 fein bemalt . . . 5.40, 11.25, 12.50
 Tafelgeschirr zartes Blumenmuster
 für 6 Personen 30 teilig 23.00, 34.00
 für 12 Personen 60 teilig 39.00, 45.00
 für 12 Personen 77 teilig 54.00, 63.00
 Küchengeräte 22 teil. 14.50
 Tassen mit Goldrand 20 Pf.
 Tassen ^{bunt} bem. 22 Pf. 35 Pf. 38 Pf. 48 Pf.
 Tassen blau Meißner Zwiebelmuster. 65 Pf.

Glaswaren

Butterdosen gepreßt . . . 45, 50 Pf.
 Honigdosen gepreßt . . . 30, 40 Pf.
 Käseglocken gepreßt 55 Pf.
 Wassergläser gepreßt 6, 8 Pf.
 Fruchtschalen gepreßt 95 Pf.
 Kuchenteller gepreßt 60, 75, 85 Pf.
 Likörservice gepreßt 85 Pf.
 Sturzflaschen m. Glas, gepreßt 27 Pf.

Kompotteller 7 Pf.
 Bowlenkrüge ^{m. breitem} ^{Ansguß} 55 bis 95 Pf.
 Bierbecher geschliffen . . . 25, 27 Pf.
 Fußbecher geschliffen 27 Pf.
 Bierpokale m. Goldr. 48, geschl. 65 Pf.
 Käseglocken geschliffen . . . 65 Pf.
 Kompottschüsseln ^{m. Goldr.} 48 b. 1.25
 Kompotteller 22 Pf.
 Wasserflaschen glatt 40, geschl. 80 Pf.

Steingut

Waschgarnituren 5teilig
 3.25, 4.40, 4.75, 6.30, 9.00
 Tafelgeschirr ^{Holland} ^{23teilig} 12.00
 Kannenuntersetzer Majolika 38 Pf.
 Kindergeschirr bunt bemalt . 85 Pf.
 Geleedosen mit Früchtedekor 32 Pf.
 Aschschalen Majolika . . . 27 Pf.

Trinkgarnitur „Pola“, mit Goldrand

Rotwein-od. Weißweingl. 38 Pf. | Bowlengläser 45 Pf.
 Süßweingläser 35 Pf. | Bierbecher 33 Pf.

In der Leipzigerstr.

Terrakotta-Säu'en ^{mit Blumen-} ^{kübel}
 16.00, 21.00, 26.00, 32.00

Wirtschafts-Artikel

Roßhaarbesen 4 Sort. 2.25 bis 3.15
 Roßhaarhandfeger 38. 1.15 bis 1.75
 Staubsauger 20.00
 Kleiderbügel mit Hosenstrecker 32 Pf.
 Möbelbürsten ^{Kokoa} ^{3 Sorten} 40 Pf. bis 1.10
 Hutbürsten 4 Sorten . . . 30 bis 65 Pf.
 Kopfbürsten 6 Sorten 40 Pf. bis 2.85
 Kleiderbürsten
 6 Sorten 50 Pf. bis 2.00

Kaffeebretter ^{Eiche pol-} ^{rund u. eck.} 3.60 b. 6.00
 Kaffeebretter ^{35 u. 40 cm} ^{lang} . . . 1.60, 1.80
 Servierbretter ^{43 u. 50 cm} ^{lang} . . . 90 Pf., 2.10
 Quirlbretter gefüllt, m. Nudelholz 1.50
 Wäschetrockner mit 6 Stäben 1.60
 Wäscheleinen gekloppt 3.25 bis 6.50
 Waschwässer ^{mit} ^{Wasser} 13.50 bis 18.00

Waschfässer . . . 8.50 bis 18.00
 Spülzuber 10.00 bis 15.00
 Wringmaschinen 15.00 b. 17.00
 Wäschemangeln 22.00 b. 40.00
 Ofenvorsetzer 1.75, 3.25
 Ofenschirme lackiert 3.75 bis 6.00
 Fleischmühlen 3 Sort. 3.00 bis 6.75

Brot Dosen . . 6 Sorten 1.35 bis 4.50
 Wärmflaschen 2 Sort. 1.60 bis 2.00
 Tischbestecke ^{schwarzes} ^{Lehn.} . . . 55 bis 85 Pf.
 Geflügelscheren 2 s. 1.35, 2.00
 Feldbestecke ^{mit} ^{Löffel} 1.20, ^{im} ^{Beutel} 1.60
 Soldatenmesser 6 s. 45 Pf. bis 1.10

Alpaka-Bestecke (Weißmetall)

Eßlöffel 40 und 50 Pf. Eßgabeln 40 und 50 Pf. Kaffeelöffel 20 und 25 Pf.

Gaskamine

im Preise bedeutend ermäßigt.

Emaillierte Waschtöpfe

weiß, innen grau emailliert, mit Deckel, 6 Größen 7.75 bis 16.50

Email. Kochgeschirre

extra schwere Ware, Schmortöpfe 6 Gr. 1.75 bis 4.00 Fleischtöpfe 6 Gr. 1.25 bis 7.00

Billige Lebensmittel

Fleisch Nur Donnerstag

Rinderschmorfleisch ^{m. Knochen} ^{PM.} 1.30
 Rinderkamm Pf. 1.10
 Rinder-Querrippe Pf. 1.10
 Roastbeef mit Knochen . . . Pf. 1.20
 Rinder-Filet unausgeschält . Pf. 1.50
 Gehacktes Fleisch Pf. 1.20
 Kalbskeule im Ganzen . . . Pf. 1.30
 Kalbskeule geteilt Pf. 1.40
 Kalbskamm Pf. 1.20
 Kalbsbrust Pf. 1.20
 Kalbsbrustspitze 3-4 Pfund Pf. 1.40
 Kalbsrücken im Ganzen 1.30 geteilt 1.40
 Kalbhaxen Pf. 80 Pf.
 Hammelkeule im Ganzen . . Pf. 1.50
 Hammelkeule geteilt Pf. 1.60
 Hammelrücken Pf. 1.40
 Hammel-Dicke Rippe . . . Pf. 1.50
 Hammel-Dünnung Pf. 1.30

Kolonialwaren

Speisebackpuder . . . Pfund 65 Pf.
 Maispuder Pfund 80 Pf.
 Kartoffelmehl Pfund 28 Pf.
 Mandeln süß und bitter . . Pfund 2.40
 Sultaninen Pfund 1.08
 Vanillin-Zucker . 1/4 Pf. - Paket 42 Pf.
 Backpulver . . . 1/2 Pf. - Paket 72 Pf.

Gem. Backobst Pfund 65, 72, 88 Pf.
 Feigen Pfund 52 Pf.
 Calif. Pflaumen . . . Pfund 88, 98 Pf.
 Calif. Aprikosen Pfund 1.20
 Calif. Pfirsiche Pfund 78 Pf.
 Calif. Birnen Pfund 1.10, 1.20
 Hörnchen-Nudeln Pfund 50 Pf.

Kuchenfix die fertige Kuchenmasse, ohne Brotmarken verkäuf. Paket 75 Pf.

Marmeladen

Rheinisches Apfelkraut Pf. 60 Pf.
 Gem. Frischobst-Marmelade 50 Pf.
 Gem. Vierfrucht-Marmelade 55 Pf.
 Aprikosen-Confiture . . . Pf. 80 Pf.

Himbeer- mit Apfelmarmel. 58 Pf.
 Pflaumen- mit Apfelmarmel. 58 Pf.
 Orangemarmelade . . . Pf. 65 Pf.
 Sämtl. Marmeladen auch in 5 u. 10 Pf. - Eimern

Geflügel Außer Freitag

Fette Gänse ^{PM.} 2.10, Gänsefleisch ^{PM.} 2.00
 Fette Enten Pfund 1.75 1.90
 Fette Puten Pfund 1.80
 Fette Suppenhühner Pf. 1.60 1.80

Junge Brathühner . . . Pfund 2.00
 Junge Rebhühner Stück 2.35
 Schneehühner Stück 1.65
 Krammetsvogel Stück 35 Pf.

Fische

Schellfische ^{je nach Größe} ^{1-4 Pf. PM.} 45 bis 65 Pf.
 Kabeljau in ganzen Fischen . Pf. 65 Pf.
 Seelachs in ganzen Fischen . Pf. 60 Pf.
 Rotbarsche Pf. 45 Pf.
 Fr. Kaulbarsche ^(nur Leipz. Strasse) Pf. 45 Pf.
 Klippfische Pf. 60 Pf.
 Leb. Lausitz. Karpfen Pf. 1.10, 1.20
 Leb. Schleie je nach Gr. Pf. 1.15, 1.35
 Leb. Forellen (nur Leipz. Str.) Pf. 3.00

Fr. Seemuscheln ⁵ 40 Pf. ¹⁰ 75 Pf.
 Fr. Seemuscheln Sack 100 Pf. 6.50

Käse

Tilsiter Fettkäse Pfund 1.55
 Emmenthal. Kräuterkäse
 Stück 25 Pf.

Ziehung 22. u. 23. Dezember.

Rote + Lotterie

für Kranken- und Kinderpflege
 3667 Gewinne zus. Markw.

100000
 50000
 10000

Lose à 3 M., Porto u. Liste 30 Pf. empf.

Carl Heintze,
 Berlin W, jetzt
 21 Unter den Linden 21.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot
 nach Maß, schick, dauerh. Zutaten
 von 28 Mark an. Moritz Laband,
 Neue Promenade 8, II. (Stadtb. Börs.)

Ziehung schon 22. u. 23. Dezember

Rote + Lotterie

des Vereins Paulinenhaus - 3667 Gewinne im Werte von M.

100000
 50000
 10000

Rote-Kreuz-Lose 3 M. Porto u. Liste 30 Pf. extra.
 H. C. Kröger
 Berlin W 8,
 Friedr. Str. 193 a,
 Ecke Leipziger Straße.
 Telegr.-Adresse: „goldquelle“.

H. & P. Uder, Berlin SO. 10,
 Engel-Afer 5.
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
 G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Amt Moritzpl. 3014.

Wichtig für Herren!

Wegen bevorst. Einberufung

gibt erste Herrenkleider-Fabrik
 Ulster, Paletots, Anzüge, fertig und nach Maß
 jetzt auch im Einzelverkauf ab.
 Verkaufzeit 10-8. Sonntag 12-8.
 Molkenmarkt 7-8, IV., Ecke Eiertasse. Fahrstuhl.

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl.
 Billigste Preise.
 L. Mohrenstraße 37a
 (Kolonnaden)
 II. Gr. Frankfurter Str. 115
 (nahe Andreasstr.)
 Auswahländerungen sofort.
 Amt Zentrum 7990.
 Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Stoffe

für Maß-Anzüge, Paletots, Ulster
 Meter 6, 8, 10, 12 M.
 Damen-Kostüm- und Ulster-Stoffe
 „Neuheiten“ Meter 3, 5, 7 M.
 Seiden-Püschel, Persierier mit.
 Astrachan Meter 10, 15, 20 M.
 Koch & Seeland, Tuch-Lager
 Wertraubentstraße 20-21.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall

geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht veräumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hachfeld“, - Ausführl. 50 Seiten starke Broschüre versenden gern kostenlos. Bonness & Hachfeld, Potsdam. Postfach 167

Carbid-Tischlampen

3.90. Carbid 1 kg 45 Pf. Weberstr. 42.